

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

113 (16.5.1914) Erstes Blatt

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: Preis: 75 Pf. monatlich, 2,25 M. vierteljährlich, 8 M. halbjährlich, 15 M. jährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postkontokonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

### Vive la France!

... In diesem Sinne, im Sinne der heiligen Allianz der Völker, von der schon Heinrich Heine schwärmte, gilt es dem Frankreich der arbeitenden Massen, dem Frankreich des Friedenswillens, dem Frankreich der Verständigungssehnsucht, aus dem es zu uns herüberhallt: „Es lebe Deutschland!“, wenn ich schließe mit dem Rufe: Vive la France!

So steht es im stenographischen Protokoll der Reichstagsitzung vom 14. Mai und dieser Schlußpassus einer Rede unsterblichen Wendel ist es, der den Patrioten Gelegenheit gibt, wieder einmal die ewig volle Schale ihrer Entrüstung auf die Häupter der vaterlandslosen Sozialdemokratie auszugießen. Wirklich, ein deutscher Reichstagsabgeordneter hat es gewagt, einen Spottzug auf Frankreich auszubringen, noch dazu in französischer Sprache. In dem Hause der deutschen Volksvertretung, vor dessen Auffahrt das Standbild des eisernen Kanzlers steht, in diesem Hause, von dem nach den ruhmvollen Worten des Kriegesministers kein Stein stehen würde, ohne die Siege der deutschen Armee ist der Ruf erklingen: Es lebe Frankreich! Vive la France!

Klappern gehört zum Handwerk, und ein alldeutscher Schriftleiter, der sich nicht mindestens einmal täglich — bei zweimaligem Erscheinen des Blattes einmal — über die landesverräterische Gefinnung der Sozialdemokratie äußert, stiehlt seinem Arbeitgeber das Brot. Zimmerlin mag es außerhalb dieses Chors, mit dem eine verständige Auseinandersetzung unmöglich ist, einige brave Patrioten älteren Schlags geben, die in ehrlicher Trauer ihr Haupt verhillen, weil ein deutscher Volksvertreter sich nun gar so weit vergessen hat, ein Hoch auf den „Erbsind“ auszubringen. Daß diesen alten Herren eine Kränkung bereitet werde, darf einem schon leid tun, aber es ist nicht die Aufgabe jungeliebender Politiker, auf Geheiß Rücksicht zu nehmen, die einen Ehrenplatz im Museum mit Recht beanspruchen dürfen. Es ist das Recht der jungen Generation, zu der unser Genosse Wendel gehört, jenen nur noch historisch berechtigten heiligen Empfindungen bei passender Gelegenheit auf die Sühneraugen zu treten.

Wichtig ist, daß es vor Jahr und Tag kaum möglich gewesen wäre, im deutschen Reichstage „Vive la France!“ zu rufen, ohne daß sich der Redner der Gefahr einer moralischen Steinigung ausgesetzt hätte. Man hätte gepöffelt und gehult, geschrien und getobt, der Präsident hätte mit bebender Stimme alberne Erklärungen abgegeben, und ein rednerisch begabtes Mitglied der Regierung hätte unter allgemeinem Beifallstoben entrüstete Redensarten herunter gescharrt. Nichts von alledem hat sich am 14. Mai 1914 ereignet. Die alldeutschen Bindgenossen mögen blasen, bis ihnen die Backen springen: einen richtigen Enttäuschungssturm bringen sie doch nicht mehr zustande. Und noch weniger können sie verhindern, daß die Worte tapferer Friedensliebe, die unser Genosse im Reichstage gesprochen, draußen in Millionen Herzen begeistertem Widerhall finden.

Ja, die Gehirne, die auf 1870 eingestellt sind und die seit 43 Jahren aufgehört haben, sich zu entwickeln, müssen, jetzt endlich dessen gewahr werden, daß sich die Welt ringsumher gründlich gewandelt hat. Von den Jungen müssen sie es lernen und das jüngste unter den Mitgliedern des Reichstags mußte ihnen zeigen, wie weit sie hinter ihrer Zeit zurück sind. Im Reichstage läßt man unter dem stürmischen Beifall der stärksten Fraktion das neue Frankreich leben: und der Himmel fürst nicht ein, die Erde tut sich nicht auf, um die Kotte Korach zu versäuligen. Der Präsident erklärt nicht, die Regierung sagt nichts, und die ganze nationale Protestaktion bleibt in einem Verlegenheitsgelächter stecken, das sich auf die Rechte des Hauses beschränkt, in ein paar sepiatischen Randbemerkungen der bürgerlichen Redner und zuletzt und zumindst auf ein Duzend der üblichen Kadawartikel in der nationalistischen Presse.

Vive la France! — Ja, um alles in der Welt, warum nicht? Das Leben Frankreichs ist nicht der Tod Deutschlands, und selbst die Rede des Staatssekretärs v. Jagow legt Zeugnis davon ab, daß die beiden benachbarten Völker durch keinerlei Lebensfragen mehr von einander getrennt sind. Wir erfahren aus dieser Rede, daß es dem Dreihund gelungen ist, in freundschaftlichem Einvernehmen mit England, Rußland und Frankreich die berechtigten Interessen der verbündeten Monarchien in vollem Umfange zu wahren. Und an einer andern Stelle:

Wir haben auch Verhandlungen über den näheren Orient mit Frankreich geschlossen, und wenn ihre Inhalt auch in erster Linie finanzieller und technischer Natur ist, so glaube ich es doch politisch begrüßen zu können, wenn wir mit unserem westlichen Nachbar zu einer derartigen Reibungsflächen ausschließenden Verständigung gelangen.

Zwischen der Erklärung der Regierung und den Schlüssen des sozialdemokratischen Redners besteht ein erheblicher Temperaturunterschied, aber — wie man mit

Befriedigung feststellen darf — kein direkter Gegensatz. Daß sich trotz aller gewissenloser Hegeorien das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland ganz erheblich gebessert hat, läßt sich ebensowenig bestreiten, wie das hohe Verdienst, das der Sozialdemokratie an dieser Besserung ganz unzweifelhaft gebührt. In dem Sinn, in dem ihn der Genosse Wendel ausgedrückt, wird der Lebehochruf auf Frankreich im deutschen Reich noch öfter gehört werden, er wird ein immer lauterer Echo finden, und jene, die ihn nicht hören wollen, weil in ihrem Ohr noch immer Schlächtmusik und Siegesglockenklang dröhnt, werden durch den natürlichen Lauf der Welt immer weniger werden. Die Welt gehört einem neuen Geschlecht, dessen Vaterlandsliebe nicht mehr in Schief- und Stechphantasien gipfelt und dessen Nationalgefühl die Anerkennung fremder Lebensrechte nicht ausschließt. Die revolutionäre Politik von heute ist die offizielle Politik von morgen und übermorgen. Der Tag wird noch kommen, an dem ein höflicher französischer Minister des Auswärtigen sein Hoch auf Deutschland ausbringt und sein nicht minder höflicher deutscher Kollege mit dem Rufe antwortet: Vive la France! Vive la Republique!

Somit ist es noch nicht! Weider! Aber, wenn wir uns nicht erlauben, in einigen Dingen unserer Zeit voraus zu sein, wozu wären wir dann Sozialdemokraten?

### Das bayerische Zentrum beschließt ein Schandgesetz gegen die Sozialdemokratie.

Im Ausschuß der bayerischen Abgeordnetenversammlung nahm das Zentrum gegen Sozialdemokraten, Liberale und Bauernbündler den Artikel 12 des Gemeindebeamtengesetzes an, der ein brutales verfassungswidriges Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie darstellt. Der Artikel 12, der vom bayerischen Städtetag in seiner letzten Tagung abgelehnt worden ist, lautet: „Der Gemeindebeamte hat alle Obliegenheiten seines Amtes, den Gesetzen, Verordnungen und Dienstvorschriften entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die dieses erfordert, würdig zu erweisen.“

Was mit dieser Bestimmung gemeint ist, gab die Begründung der Regierungsvorlage. Für die Frage, ob sich ein Gemeindebeamter als Sozialdemokrat betätigen dürfe, ergibt sich, daß sich der Staatsbeamte durch eine solche Betätigung der Achtung unwürdig machen würde, die sein Beruf erfordert, und daß er deshalb disziplinarisch zu ahnden wäre. Das nämliche muß für die berufsmäßigen Gemeindebeamten gelten. — Das Zentrum gab dazu im Ausschuß eine Erklärung ab, in der die Staatsbeamten den Gemeindebeamten gleichgestellt werden. Aus dieser Gleichstellung folge, daß die Fassung des Artikels 12 über die Obliegenheiten des Gemeindebeamten und dessen Verhalten in und außer dem Amte gleichlautend sein muß mit dem einschlägigen Artikel des Staatsbeamtengesetzes, sowie daß auch die Auslegung und Tendenz dieser Gesetzesbestimmung übereinstimmen mit der des Staatsbeamtengesetzes. Diese Tendenz richtet sich gegen alle Bestrebungen, welche der Staat, die öffentliche Ordnung und die bürgerliche Gesellschaft bekämpfen. Wer hiernach in solchen Bestrebungen sich betätigt, sei es für sich allein oder in Verbänden, macht sich, ohne Rücksicht auf die politische Partei, der er etwa angehöre, der Achtung unwürdig, die sein Beruf als Staatsbeamter erfordert. Das gleiche muß auch für die berufsmäßigen Gemeindebeamten verlangt werden.

Diese Verurteilung auf das Staatsbeamtengesetz, die das Zentrum jetzt wagt, ist um so schamloser, als damals bei der Schaffung des Staatsbeamtengesetzes die fragliche Bestimmung von der vorigen Regierung ausdrücklich dahin interpretiert wurde, daß die Betätigung in keiner politischen Partei dabei getroffen werden solle. Die neue verfassungswidrige Praxis wird jetzt also von dem Zentrum ausnahmsweise festgelegt.

Die „Münchener Post“ schreibt über diesen Beschluß unter der Ueberschrift „Ein Schandgesetz unter dem neuen König“ wie folgt:

Nach Ablehnung einer sozialpolitischen Maßnahme durch die Kammer des fechtalen Reichstags folgt die Verurteilung der in der Verurteilung betonen Unrechtmäßigkeit der Sozialdemokratie im Gemeindebeamtengesetz. Das homogene Ministerium bemüht sich, mit den staatsbrüchlich verlockten Nachfahren der vaterlandslosen Verfassungspartei um die Wette, immer breiteren Massen die Hölle eines monarchischen Systems klar zu machen, unter dem das von ihnen kapitalistisch verfälschte Christentum zur Gefahr aller wird, die nicht in die Sklavenhorde der christlichen Partei sich einflechten lassen. Die dem Zweck dienen sie damit, daß sie anstelle eines allgemeinen Schandgesetzes kleine Schandgesetze schieben, nicht achten der Tatsache, die sie aus der Geschichte des Kulturkampfes noch wissen müßten, daß der gerechte Haß gegen alle Unterdrücker eines der besten organischen Bindemittel ist.

Schon diese Ausführungen unseres Münchener Parteiblattes beweisen, daß dieser Artikel 12 zum Ausgang erbitterter politischer Kämpfe werden wird, behauptet doch in seinem schlechten Gewissen das Zentrum schon jetzt bei

der Beratung des Artikels 12, daß die Sozialdemokratie gegen die Vorlage mit ihren 251 Artikeln Obstruktion treibe.

### Deutsche Politik.

#### Generalmajor und sozialdemokratischer Fahnenführer.

In der Reichsverbandspresse und ihr nahestehenden sonstigen Blättern kann man oft über sozialdemokratische „Untüchtigkeit“ lesen. Durch die Lehren und Verheißungen der Führer würden die jungen Leute unfähig zu guten Soldaten. Da haben wir nun heute Gelegenheit, ein Urteil über einen der Unseren zu veröffentlichen, das von dem Generalmajor z. D. Spohn stammt und eben die Kunde durch die illustrierten Blätter macht. Es handelt sich um unseren verstorbenen Parteigenossen Lorenz Dornauf in Königstein im Taunus, der schon als Jüngling, noch ehe er den bunten Rock anziehen mußte, ein eifriger Anhänger unserer Partei war und ihr treu geblieben ist, bis vor kurzer Zeit der Tod seine Augen schloß. Während seiner Militärzeit stand unser Dornauf bei dem ersten Bataillon des Infanterieregiments Nr. 88. In seiner Eigenschaft als Fahnenführer des Regiments machte er den ganzen französischen Feldzug mit. Generalmajor Spohn stellt ihm nun in dem erwähnten Artikel folgendes ehrendes Zeugnis aus:

... Er hat als Fahnenführer nicht nur in allen Gefechten und Schlachten seines Regiments die Fahne, dieses unschätzbare Kleinod jedes Truppenteils, seinem Bataillon mit unvergleichbarer Tapferkeit vorangetragen, sondern es war ihm auch vergönnt, sie als erster seit den Befreiungskriegen in die feindliche Hauptstadt hineinzuführen. ...

So weit der Herr Generalmajor. So tapfer, wie seinerzeit als Soldat, hat der Verlebene dann später auch als Soldat der proletarischen Sache gekämpft und damit den Beweis geliefert, daß man ein guter Soldat sein kann auch wenn man „sozialistisch verhebt“ ist.

Uebrigens glauben wir nicht, daß die Reichsverbandspresse dieses Urteil über einen sozialdemokratischen Fahnenführer veröffentlichen wird. Dagegen wird sie bei der nächsten Gelegenheit wieder mit Dreck auf alles werfen, was mit uns in Berührung kommt.

#### Das deutsch-französische Verständigungskomitee

wird am 30. Mai in Basel zu einer Sitzung zusammen treten und sich mit der Schaffung eines Aktionsplanes befassen. Dem Komitee, dessen Vorsitzender bekanntlich Genosse Haase ist, sind insgesamt etwa 40 Zentrumsabgeordnete beigetreten.

### Ausland.

**Belgien.** Belgische Kulturarbeit am Kongo. Siehehn Worte — das ist gewiß eine Kulturleistung! Diese siebzehn Worte vollführt und angeordnet zu haben, kann sich ein belgischer Offizier und Beamter des Kongostaates rühmen.

Das Obergericht für den belgischen Kongostaat zu Brüssel hatte am Dienstag, 12. Mai, gegen den Beamten und Offizier Martin zu verhandeln, der angeklagt ist, in Ausübung seiner Amtstätigkeit am Kongo 17 Neger, Männer, Frauen und Kinder, getötet bzw. deren Tötung angeordnet zu haben. Martin ist im Dezember vorigen Jahres von dem Gericht zu Elisabethville am Kongo zu 12 Jahren Strafarbeit verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat er an das Obergericht für den belgischen Kongo appelliert. Ueber die Verhandlung berichtet das belgische Parteiblatt „Le Peuple“:

Der Angeklagte heißt Hippolyte Jean Martin und ist im Jahre 1888 in Gent geboren. Er war Professor zu Duloio (Katanga) und Offizier der öffentlichen Macht. Aus dem Anklagebericht geht hervor, daß der Angeklagte sich den Negern gegenüber als der Gott Bulo-Katari aufgespielt hat und daß er ihnen erklärte, er könne machen, was er wolle. Und er zeigte es den Negern. Eines Tages flohen einige Neger, die als Träger angeworben waren. Er ließ sie verfolgen und sie wurden gefangen. Vor den Offizier geführt, ließ er sie nacheinander an den Stricken, die sie um den Hals trugen, niederziehen und schob sie nieder. Er handelte ganz kaltblütig und ohne das geringste Bedenken zu haben. „Bring ihn um!“ befahl er einem Sergeanten, als dieser ihm einen Negerhaupteil gefangen hatte. Als der Sergeant diesen Befehl ausführen wollte, traf er zufällig zwei andere Neger bei dem Häuptling. Er lehrte wieder zurück und fragte den Offizier, was er tun solle. Rimm genügend Patronen und töte sie alle drei“, befahl ihm Martin. Und das geschah. So gingen die Mordtaten weiter.

Die Vorberichter glaubten, daß ein derartiges Schenja! geisteskrank sein müsse. Die untersuchenden Juristen fanden aber, daß er für seine Taten verantwortlich zu machen sei. Er wurde deshalb zu zwölf Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Bei der Verhandlung vor dem Obergericht erklärte der Vertreter des Ministeriums, daß die Verbrechen des Martin so schrecklich seien, daß man zu träumen glaube. Ein belgischer Offizier lasse Frauen erwürgen! Ein Beamter wurde mit eigenen Händen! Der Vertreter des Ministers drückte dann die Hoffnung aus, daß es sich herausstelle, daß der Angeklagte wahnsinnig sei. Wenn das jedoch nicht zutrefte, so müsse der Angeklagte eine höhere Strafe als 12 Jahre Zwangsarbeit erhalten.

Der Gerichtshof beschloß, die Verhandlung zu verlagern, um den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Dieses Bild ist kein vereinzeltes — es reiht sich in den Rahmen der Bilder, die die Gründung und Ausbeutung des Kongoflusses schon so oft geboten haben. Selbstverständlich sind die anderen kapitalistischen Kolonien nicht besser als der Kongofluss. Die Zivilisation, welche unter die Eingeborenen getragen wird, ist die Zivilisation des kapitalistischen Verbrechens und der wahnwichtigen Ueberhebung der Weissen, welche sich als eine höhere Rasse dünken, als die Neger.

**Türkei.**

**Eröffnung des türkischen Parlaments.** Die Parlamentssession wurde am 14. ds. Mts. eröffnet. Die Thronrede wurde durch den ersten Sekretär des Sultans verlesen. In der Thronrede erinnert der Sultan an die Auflösung des Parlaments im Jahre 1912 und sagt, daß die Veränderungen und inneren Umwälzungen eine Folge der Vereinigung der nationalen Feinde gewesen seien, welche die Gelegenheit ergriffen, um die Grenze der Türkei zu überschreiten. Die Türkei sei durch den plötzlichen Angriff von drei Seiten her und nachdem sie schon durch innere Zwistigkeiten geschwächt worden sei, in eine sehr schlimme Lage gekommen, und es habe aller Opfer bedurft, um eine Katastrophe zu vermeiden. Ferner wird in der Thronrede erklärt, daß der Sultan ein militärisches Obergericht einsetzen werde, das die Gründe und Ursachen des letzten Zusammenbruchs während der Kriege prüfen und diejenigen, die daran schuld sind, auf strenge Weise bestrafen soll. Die Rede schließt damit, daß der Sultan seiner Hoffnung Ausdruck gibt, daß das Obergericht seine Aufgabe im Namen des Gesetzes und der Gerechtigkeit erfüllen wird.

**Badischer Landtag.**

**Darlehen an gemeinnützige Baugenossenschaften. Ein nationalliberaler Kurpfuschherantrag. Lebhaftes Auseinandergehen zwischen den Sozialdemokraten und Nationalliberalen.**

Die gestrige Landtags-Sitzung war der Behandlung einiger Anträge gewidmet. Der Antrag Seubert (Str.) und Gen. an gemeinnützige Baugenossenschaften Darlehen auf 2. Hypotheken zu gewähren wird einstimmig angenommen. Minister v. Bodman teilt mit, daß die Regierung bereit ist, für diese Zwecke 200 000 Mk. der Amortisationskasse zu entnehmen. Die verschiedenen Parteien stimmen der Maßnahme zu, deren Bedeutung Genosse Böttger aufgrund der allgemeinen Wohnungsnot darlegt.

Zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen gab der Antrag Krauth (Natlib.) auf Besteuerung der Filialen der Großhandelsbetriebe Anlaß. Mit Empfindlichkeit tritt heute die nationalliberale Partei für eine soziale Kurpfuscherei ein, die sie selbst noch vor kurzer Zeit verwarf. Nachdem der Minister bereits mit durchschlagenden Argumenten den Antrag als verfehlt zurückgewiesen hatte, ging Genosse Süßkind nochmals in sachkundiger Weise dem Gedankengang des nationalliberalen Antrags nach, um ihn schließlich als reaktionär und der wirtschaftlichen Entwicklung zuwider zurückzuweisen. In ähnlicher Weise wandte sich der Fortschrittler Hummel gegen den Antrag, den er als eine Schädigung der Industrie bezeichnete. Die Kritik seines Antrags — der selbstverständlich die Unterstützung der Rechte fand — rief zweimal Herrn Krauth auf den Plan, der glaubte seinen Liberalismus dadurch glaubhaft machen zu können, daß er der Sozialdemokratie Mittelstandsfeindschaft vorwarf. Gegen diesen Vorwurf wandte sich entschieden Genosse Kolb, der zutreffend die völlige Wertlosigkeit des Krauth'schen Antrags nachwies, um schließlich den Nationalliberalen entgegenzuhalten, daß es ihre Freunde sind, die den Mittelstand zerstören. In aufgeregtester Tone ergriff daraufhin der nationalliberale Herr Göhrig das Wort, um das Paradoxon aufzustellen, die Sozialdemokratie mache gegen den Kapitalismus nicht entschiedene Front. Eine mehr als ungeheuerliche Behauptung aus dem Munde des Anhängers einer Partei, die die Bannerträger des Kapitalismus sans phrase in ihrer Mitte hat! Die Sozialdemokratie dürste vermutlich Herrn Göhring und Konforten noch zeigen, daß sie gewillt ist, gegen den Kapitalismus ernstlich Front zu machen — wenn auch nicht mit Hilfe von reaktionären Gedankengängern. Der nationalliberale Kurpfuschherantrag kam schließlich gegen die Stim-

men der Sozialdemokraten und Fortschrittler zur Annahme und bei den Nationalliberalen ist wieder ein Stein liberaler Denkart gebröckelt.

**75. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.**

gr. Karlsruhe, 15. Mai.  
Präsident Nothdurft eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und ein Regierungskommissar.

**Gewährung von Darlehen an gemeinnützige Baugenossenschaften.**

Abg. Wiedemann (Centr.) erstattet den Bericht über den Antrag Seubert (Centr.) u. Gen., die Gewährung von Darlehen auf 2. Hypotheken an gemeinnützige Baugenossenschaften betr. Die Kommission empfiehlt den Antrag zur Annahme. Der Berichterstatter weist auf die Behandlung dieser Frage bei der Generaldebatte des Ministeriums des Innern hin.

Minister v. Bodman: Der Antrag will, daß die Mittel an Hypotheken für gemeinnützige Baugenossenschaften aus Staatsmitteln gewährt werden — eine Forderung, die wir bereits für Galtungen erfüllen. Mit dem Prinzip des Antrags ist die Regierung einverstanden. Dagegen sieht sie dem Wege, mit einem Nachtragsbudget Mittel zu beschaffen, ablehnend gegenüber. Die Regierung kann dagegen im Falle der Annahme des Antrags die Mittel der Amortisationskasse entnehmen, ohne eine Anforderung zu stellen. Die Mittel werden in erster Linie dem Kleinwohnungsbau für Minderbemittelte, doch können auch andere in Betracht kommen. Man darf durch eine allzu niedrige Verzinsung das Kapital nicht abschrecken, wenn auch die Verzinsung eine mäßige sein muß. Das Unternehmen muß in allen Fällen der Spekulation entzogen werden; die Bauten müssen auf Miet- und Erbbaurecht beruhen. Wir müssen die Geldbeschaffung bei den 2. Hypotheken erleichtern, um die Baugenossenschaften zu fördern. Die Regierung ist der Ansicht, daß die Wohnungsfrage in erster Linie Sache der Gemeinden ist; doch ist sie bereit, die Gemeinden in der Weise, wie in der Kommission mitgeteilt wurde, zu unterstützen. Die Großh. Regierung ist bereit, die Summe von 200 000 Mk. der Amortisationskasse zur Unterfütterung der Baugenossenschaften zu entnehmen, wozu eine besondere gesetzliche Bestimmung zu treffen ist. Dies soll ein erster Versuch sein. Die Regierung ist also bereit, in der Richtung des Antrags zu wirken. Man wird auf diesem Wege weiter arbeiten. Auch von der Landesversicherungsanstalt wird in dieser Richtung ein gewirkt. Dies ist zu begrüßen.

Abg. Seubert (Centr.) begründet folgenden Antrag: „Die Zweite Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, in das Nachtragsbudget Mittel einzustellen zur Gewährung von Darlehen auf 2. Hypotheken an gemeinnützige Baugenossenschaften (insbesondere des Eisenbahnpersonals), die sich den Kleinwohnungsbau zur Aufgabe gemacht haben.“ Der Redner weist auf die einzelnen Baugenossenschaften hin. In einzelnen Fällen besteht großer Wohnungsmangel; dies trat insbesondere in Offenburg zutage. Die Arbeiterpensionskasse könnte in der Verleihung noch weiter gehen.

Abg. Böttger (Soz.): Die Wohnungsfürsorge muß als ein sozialer Akt betrachtet werden. Ein Einzelner kann an diese Fragen nicht herantreten. Hier ist es

**Pflicht von Staat und Gemeinde.**  
einzugreifen. Ungünstige Wohnungsverhältnisse sind die Ursache vieler Mißstände, wie Tuberkulose, Säuglingssterblichkeit, Geburtenrückgang usw. Auch sittliche Schäden werden durch die Wohnungsnot hervorgerufen. Der Staat ist sich in dieser Hinsicht erst in den letzten Jahren seiner Pflicht bewußt geworden. Allerdings muß daran erinnert werden, daß in den hauptpolitischen Vorlesungen oft große Härten liegen. Der Staat hat in den letzten Jahren erfreulicherweise auch Vereine gefördert, die an der Wohnungsfürsorge mitarbeiten. Es sind vornehmlich die

**Gemeinnützigen Baugenossenschaften,**  
die Pioniere eines sozialen Wohnungsbaues, die hier in Betracht kommen. Die gemeinnützigen Baugenossenschaften entwickelten sich erst allmählich, wobei zuerst nur die in Pforzheim und Mannheim in Betracht kamen. Mit der im Jahre 1906 einsetzenden Gartenstadtbewegung trat hier eine raschere Entwicklung ein. Die gemeinnützigen Baugenossenschaften pflegen vor allem den Erwerb, wobei ihnen die Städte zur Hilfe kommen. Dadurch können sie in erster Linie den minderbemittelten Schichten zur Hilfe kommen, ohne daß deshalb andere ausgeschlossen werden. Es wird hierdurch das Prinzip des Eigenheims gewahrt. Das Haus bleibt Allgemeingut der Genossenschaft. Es werden hierdurch hohe sittliche und kulturelle Ziele gestiftet. Die Baugenossenschaften

machten in den letzten Jahren große Fortschritte; jetzt haben wir etwa 50. In den

**Bürgerlichen Kreisen**

sind die Baugenossenschaften leider vielfach auf Widerstand gestoßen; besonders bei den Hausbesitzern. Auch Stadtverwaltungen stellen sich leider diesen gemeinnützigen Zielen entgegen. So in Schwetzingen, wo die Unterstützung einer Baugenossenschaft allgemein gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt wurde. Die eifrigsten Förderer der Baugenossenschaften sind die Vertreter der modernen Arbeiterbewegung gewesen. Im Jahre 1912 gab es in Baden bereits insgesamt 5013 Mitglieder der Baugenossenschaften. Ebenso haben die Baugenossenschaften bereits eine ganz beträchtliche Zahl von Kleinbauern. Ich möchte hier auf die Broschüre des Bad. Landeswohnungsvereins hinweisen. Die Landesversicherungsanstalt gibt 75 Prozent, die Arbeiterpensionskasse nur 60 Prozent an die Baugenossenschaften. Es liegt hier seitens der Arbeiterpensionskasse eine Benachteiligung der Baugenossenschaften vor. Hier sollte mehr solidarischer Empfinden vorhanden sein. Von den Eisenbahnern wird gefordert, daß die Mittel der B-Klasse nicht den Versicherten zugute kämen, sondern militärischen Zwecken. Der Staat sollte auf alle Fälle den Baugenossenschaften zu Hilfe kommen. Der preussische Staat soll, wie ich höre, hier ziemlich viel getan haben. Ich möchte anregen, daß die Verleihung durch den Staat erfolge und dieser sich wieder das Geld durch die Landesversicherungsanstalt beschafft. Ich möchte auch die Schaffung eines

**Wohnungsfürsorgefonds**

anregen. Dieser Frage sollte man näher treten; selbst wenn sie nicht rasch genug gelöst wird. Andere Staaten sind in dieser Hinsicht vorbildlich vorangegangen. Meine Fraktion kann dem Antrag Seubert eine gewisse sachliche Berechtigung nicht absprechen. Merkwürdig berührt nur, daß es im Antrage heißt „besonders dem Eisenbahnpersonal“. Die Baugenossenschaften sollten

**allen Kreisen**

zugute kommen. Hier sollten keine Sonderbündeleien und Eigenbrödelereien getrieben werden. Es muß hier der Charakter der Gemeinnützigkeit allen von der Wohnungsnot Betroffenen gegenüber genährt werden. Die Regierung soll hier weitgehend mitwirken. Wir werden den Antrag Seubert umsomehr deshalb unterstützen, als er teilweise mit einer unweigerlichen Forderung darstellt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mast (Centr.) unterstützt den Antrag Seubert und äußert Freiburger Wünsche.

Abg. Bauschbach (Konf.) freut sich über das Entgegenkommen des Ministers den Baugenossenschaften gegenüber. Wir stimmen dem Antrag zu.

Abg. Wauer (F. V.) stimmt dem Antrag zu. Die angelegene Summe ist zwar nicht groß; doch wird, wie ich hoffe, später noch mehr in dieser Sache geschehen. Der Redner erkundigt sich nach der Unterstützung des Reiches für Baugenossenschaften; diese Frage ist insbesondere für die Offenburger Baugenossenschaft von Interesse. Ich bitte hier um wohlwollende Unterstützung.

Abg. Benedek (F. V.): Man muß den Leuten durch die Baugenossenschaften ein eigenes Heim verschaffen. Durch die Baugenossenschaften wird niemand geschädigt; höchstens der gewerbsmäßige Spekulant. Zu wünschen ist, daß bei der Unterstützung keine Unterschiede gemacht werden, sondern die Baugenossenschaften gleichmäßig behandelt werden.

Abg. Dr. Koch (Natlib.): Die Eisenbahner haben den natürlichen Wunsch, in der Nähe der Eisenbahn zu wohnen. Deshalb unterstützt die Regierung auch aus dienlichen Rücksichten den Wohnungsbau der Eisenbahner. Dem Abg. Böttger möchte ich sagen: Das Gewerbe des Hausbesitzers ist kein lukratives. Der Bauunternehmer kann keine Kleinwohnungen bauen. Wir unterstützen den Antrag.

Der Antrag Seubert auf Gewährung von Darlehen an gemeinnützige Baugenossenschaften wird einstimmig angenommen.

Abg. Nehm (natlib.) berichtet über den Antrag Krauth (natlib.) und Gen., die Besteuerung der Filialen der Großhandelsbetriebe betr. Hierzu ging eine gleichlautende Petition der Detaillisten ein, der diese Besteuerung lebhaft wünscht. Bei dieser Steuer kann es sich nur um eine Gemeindesteuer handeln. In der Kommission wurden von zwei Seiten Bedenken gegen den Antrag geäußert. Die Regierung erklärte, daß für eine Sonderbesteuerung kein Anlaß vorliege. Die Progression der Steuern genüge; außerdem könne man nicht ständig in die Freiheit des Gewerbes eingreifen. Die große Mehrheit der Kommission stellt den Antrag, daß die Regierung ein Gesetz zur Sonderbesteuerung der Filialen der Großhandelsbetriebe — ähnlich wie in Hessen — vorlegen soll, wonach die Gemeinden zur Erhebung dieser Steuern berechtigt sein sollen.

**Die Götter dürsten.**

Roman aus der französischen Revolution.  
Von Anatole France.

(Fortsetzung.) (Nachdr. verb.)  
„Das muß einer vom Chatelet sein. Am zweiten sah ich einen Saufen von zweihundert auf dem Pont de Change.“  
Die Pariser fürchteten die Rache dieser Ermordeten, deren Leichen sie vergifteten.  
Gharist Gamelin trat als Letzter in die Reihe. Er wollte es seiner alten Mutter erproben, so lange zu stehen. Sein Hausgenosse Brotteaux begleitete ihn still lächelnd, seinen Kufrez in der weit offenen Tasche seines flobbraunen Rocks. Der gute Alte rühmte diese Szene als ein groteskes Gemälde, des Pinxels eines modernen Leniers würdig.  
„Diese Kastträger und Matschweiber“, sagte er, „sind amüsanter als die Griechen und Römer, für die unsre Maler heute schwärmen. Ich für mein Teil möchte die flämische Schule stets gern.“  
Aus Klugheit und gutem Geschmack verschwie er, daß er selbst eine Galerie holländischer Bilder besessen hatte, die nur vom Kabinett Choiseuls an Zahl und Güte übertraffen wurde.  
„Nur die Antike ist schön“, erwiderte der Maler, „und alles, was sich nach ihr richtet. Doch ich will Ihnen zugeben, daß die Grotesken von Leniers, Steen und Wadé noch immer mehr taugen, als die Klegereien von Watteau, Boucher oder Van Loo. Sie haben die Menschheit verhäßlicht, aber doch nicht erniedrigt, wie Baudouin oder Fragonard.“  
Ein Anrufer kam vorüber:  
„Veröffentlichung des Revolutionstribunals! . . . Die Liste der Verurteilten!“  
„Ein Revolutionstribunal reicht gar nicht aus“, bemerkte Gamelin. „In jeder Stadt, was sag' ich, in jeder Gemeinde, in jedem Kreise sollte eines sein. Alle Fami-

lienbäter, alle Bürger müßten Richter werden. Wird die Nation von den Kanonen des Feinde, von den Dolchen der Verräter bedroht, so ist Nachsicht ein Verbrechen! Wie? Lyon, Marseille, Bordeaux in Aufruhr, Korsika in Empörung, die Vendée in Flammen, Mainz und Valenciennes in den Klauen der Koalition, Verräter in den Städten und Feldlagern, Verräter auf den Bänken des Konvents, Verräter mit der Karte in der Hand im Kriegsrat unserer Generale! . . . Die Guillotine muß das Vaterland retten!“

„Ich habe eigentlich nichts gegen die Guillotine“, erwiderte der alte Brotteaux. „Die Natur, meine einzige Herrin und Lehrmeisterin, sagt nichts davon, daß das Menschenleben irgendwelchen Wert hätte. Sie lehrt im Gegenteil auf alle mögliche Weise, daß es wertlos ist. Der einzige Zweck der Lebewesen scheint der zu sein, daß sie die Nahrung der anderen bilden, die ein gleiches Schicksal erwartet. Todschlag ist Naturrecht, folglich ist die Todesstrafe rechtmäßig, vorausgesetzt, daß sie nicht aus Tugend oder Gerechtigkeit, sondern aus Notwendigkeit oder Vorteil verhängt wird. Trotzdem muß ich verderbte Instinkte haben, denn es ekelt mich, Blut fließen zu sehen, und all meine Philosophie war noch nicht imstande, mich von dieser Entartung zu heilen.“

„Die Republikaner“, entgegnete Gharist, „sind menschlich und zartfühlend. Nur Despoten behaupten, die Todesstrafe sei ein notwendiges Hilfsmittel der Autorität. Das souveräne Volk wird sie eines Tages abschaffen. Robespierre hat sie bekämpft, und mit ihm alle Patrioten; das Gesetz, das sie aufhebt, kann nicht früh genug erscheinen. Nur so lange muß sie in Anwendung bleiben, bis der letzte Feind der Republik unter dem Schwert des Gesetzes gefallen ist.“

Gamelin und Brotteaux waren jetzt nicht mehr die Letzten. Nachzügler hatten sich angeschlossen, darunter Frauen aus dem Bezirk, insbesondere eine schöne, stattliche Trikotse in Kopfschub und Golschuh, die einen Säbel am Wehrgehärt trug, eine hübsche Blondine mit

wirrem Haar und zernühtem Brusttuch und eine junge, blaße hagere Mutter, die ihr kränkliches Kind stillte.

Das Kind, das keine Milch mehr fand, fing an zu schreien, aber sein schmales Gesicht erstarrte in Schlägen. Es war erbarmungswürdig klein, bleich und schwammig; seine Augen brannten, und die Mutter blinnte es mit schmerzlicher Sorge an.

„Es ist noch sehr klein“, sagte Gamelin, sich zu dem armen Säugling umdrehend, der in seinem Rücken greinte, denn die Leute in der Reihe drängten so heftig nach, daß man später erstarrte.

„Sechs Monate alt, das arme Viebschen! . . . Sein Vater ist im Felde bei dem Heer, das die Desterreicher nach Condé zurücktrieb. Er heißt Michel Dumonteil und ist von Beruf Tuchschuhmachergeselle. Auf einer Bühne vor dem Rathaus wurde er als Rekrut angeworben. Der Vermittler wollte sein Vaterland verteidigen und die Welt sehen. Er schreibt, ich sollte Geduld haben. Aber wie soll ich Paul ernähren (so heißt der Junge), wo ich mich selbst nicht ernähren kann?“

„Gai“ stieß die Blondine hervor, „das dauert noch eine Stunde und heute abend gibt es wieder die gleichen Szenen vor der Kolonialwarenhandlung. Für drei Eier und ein Ächtl Butter kommt man fast um!“

„Butter“, seufzte die Bürgerin Dumonteil, „die hab' ich seit drei Monaten nicht mehr gesehen!“

Und die Frauen fielen im Chor ein und klagten über die teuren Lebensmittel, fluchten auf die Emigranten und wünschten die Kommissäre aufs Schäffot, die niederlichen Weibern Pularden und Bierpfundbrote zusetzten — als Preis ihrer Schande. Man verbreitete aufregende Gerüchte über Schlachtvieh, das in der Seine erläuft, Wehlfische, die in die Kloaken geschüttet, Brote, die in die Latrinen geworfen sein sollten. . . . Das taten die Royalisten, Brissotisten, Rolandisten und andere Hungerstifter, die das Volk von Paris zugrunde richten wollten.

(Fortsetzung folgt.)

Minister v. Böhmer: Die Regierung hat große Bedenken gegen den Antrag. Aufgabe der Steuergegebung ist es, eine Ungleichheit zu beseitigen. Es kann aber nicht Aufgabe sein, in den Wettbewerb zu Gunsten eines Teils einzugreifen. Ich vermag nicht einzusehen, warum nur der Wettbewerb der auswärtigen Betriebe beschränkt werden soll. Außerdem kann die Steuergegebung keinen Unterschied machen zwischen inländischen und auswärtigen Betrieben. Der Vergleich mit den Warenhäusern ist nicht richtig. Die Warenhäuser sind sehr groß, haben zahlreiches Personal und durch die Art ihres Betriebes wesentliche Vorteile. Die Regierung hat die Warenhäuser besteuert; weiter kann sie jedoch in dieser Hinsicht nicht gehen. Schon wegen der grundsätzlichen Bedenken, die in dieser Frage schon oft geäußert wurden. Soweit der Vorzug des größeren Kapitals in Betracht kommt, so wird diesem Umstand schon durch die Progression unserer Steuern Rechnung getragen. Wenn man sich zu einer Sondersteuer entschließen würde, so würde sie nur bei großer Höhe helfen. Außerdem kann eine Entziehung der Steuer jederzeit stattfinden, indem der Besitzer die Filialen selbständig macht. Die Steuer würde auch auf Personal und Kunden abgehoben werden. Auch Preußen entschloß sich nur schwer zu dieser Steuer. Die Regierung könnte daher dem Antrag im Falle der Annahme ihre Zustimmung nicht erteilen.

Abg. Krauth (natl.) begründet folgenden Antrag: „Die Regierung wird ersucht, eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche die Filialen der Kleinhandels-Großbetriebe mit einer besonderen Steuer belegt werden.“ Die heutige Entwicklung zieht zum Großbetrieb; auch im Kleinhandel. Dies sehen wir an den Warenhäusern, Konsumvereinen usw. Der Umzug der Filialbetriebe steht den Warenhäusern nicht viel nach. Durch die Filialen werden die ortsansässigen Kaufleute schwer geschädigt. Ebenso wie Landwirtschaft und Gewerbe unterstützt werden, soll der Kleinhandel unterstützt werden. Wenn die Regierung heute unseren Antrag ablehnt, so hoffe ich, daß sie den Detailkaufleuten später doch im Sinne unseres Antrags entgegenkommt. Schließlich die Hefen und Preußen sollte auch haben die Steuer schafften. Hierin liegt kein Eingriff in den freien Wettbewerb. Die Filialen sind eine schwere Schädigung des kaufmännischen Mittelstandes; deshalb ist diese Sondersteuer wünschenswert.

Abg. Süßkind (Soz.): Konserbative Anträge, die im vorigen Landtag bei den Nationalliberalen keine Gunst fanden, sind zum Springfelle bei den Nationalliberalen wieder auferstanden. (Stürmische Geisterzeit im ganzen Hause.) Es handelt sich hier um eine Unterbindung des freien Wettbewerbes

und um eine Sonderbesteuerung. Es handelt sich hier nicht um die Wünsche sämtlicher Kaufleute. Durch den Antrag soll dem Kleinkaufmann geholfen werden. Die Mittel hierzu sind jedoch untauglich. Dies sieht man am besten bei den Monumentalhäusern. Trotz verschärfter Warenhaussteuern sind Monumentalhäuser von Warenhäusern entstanden und die Warenhäuser vermehren sich immer mehr. Die Filialbetriebe können rascher umsetzen. Dadurch haben sie Vorteile. Wenn die Filialbesteuerung durchgeführt wurde, müßten auch die Niederlagen der Großbrauereien besteuert werden. Sie sehen also, wie weit der Antrag führen würde. Die Folge des Antrags wäre eine

Verteuerung der Konsumtionsmittel und eine verschlechterte Lage des Personals. Außerdem würde im Falle der Annahme das Gesetz umgangen werden, in dem die Filialleiter das Geschäft auf eigenes Risiko übernehmen müßten. Hierdurch würde sich die Situation der Filialleiter verschlechtern. Das Gesetz stößt so in jeder Hinsicht auf Hindernisse. Das Gesetz ist ein

Ausnahmegesetz gegen eine bestimmte Kategorie von Kaufleuten. Hierdurch wird der Wettbewerb geschädigt. Krauth sprach von den Konsumvereinen. Bei den Großkaufleuten fängt die Besteuerung an und bei den Konsumvereinen hört sie schließlich auf. Auf diese Weise kann sich der Kleinkaufmann nicht helfen. Hier kann nur die Bildung von Einkaufsgenossenschaften helfen. Der Standpunkt, den Abg. Krauth einnimmt, hat seinen Platz in einer anderen Partei als er ist. Mit diesen Ausnahmegesetzen wird nichts erreicht; nur der Konkurrenzkampf wird verschärft. Die preussische Gesetzgebung des Dreiklassenhauses soll uns in dieser Hinsicht nicht als Vorbild dienen. Wir lehnen daher den Antrag ab und treten der Auffassung der Regierung in dieser Frage bei.

Abg. Dr. Gerber (Natl.): Trotzdem ich mich für einen gut liberalen Mann halte, befürworte ich den Antrag der Kommission auf Besteuerung der Filialen. Durch die Filialsteuern

### Theater und Musik.

#### Hoftheater Karlsruhe.

##### „Der Postillon von Lonjumeau“.

Adams reizende Oper der „Postillon“ kam am Donnerstagabend wieder einmal zur Aufführung und sicherlich haben die prächtigen Melodien ihren bewährten Zauber in ungeschwächter Kraft auf die Hörer ausgeübt. Mit Freude dürfen wir verzeichnen, daß erstmals wieder nach längerem Kranksein Alfred Lorenz die musikalische Leitung inne hatte. Da wir ihn, unsere bewährte Kapellmeisterkraft, am Dirigentenpult wußten, so brauchte uns um den guten Verlauf der Aufführung nicht bange zu sein. Und in der Tat: es klappte alles vorzüglich. Die Besetzung war die übliche. Alle überrogen, Hans Siwert als „Chapelou“ und Opernsänger „Saint-Bar“, prächtig schmetterte er sein Postillonlied ins Publikum und erzielte damit wohlverdienten Beifall. Franz Rosa lieb für seinen „Bijou-Alembor“ um Nachsicht bitten, war aber trotzdem von günstigem Erfolg begleitet. Auch Mary Rudh hatte in ihrer Doppelrolle „Madelaine-Lotour“ manch günstige Momente zu verzeichnen, wenngleich sie diesmal nicht immer auf der gleichen Höhe stand in bezug auf edel-reine Tongebung. Zu einer ergötzlichen Figur arbeitete Hans Puffard den „Marquis von Corchy“ heraus. Wenn wir nun noch Josef Gröhlinger als „Bourbon“ und Sofie Gaud als „Rose“ mit Lob nennen, so haben wir allen Solisten die gebührende Würdigung zuteil werden lassen. Der Oper schlossen sich die neuen „Zangschel“ an und bildeten den Schluß des genußvollen Theaterabends.

Vielleicht ist es als „Nachschrift“ gestattet, diejenigen Faktoren, die das Repertoire zusammenstellen, daran zu erinnern, daß Lorching auch eine „Regina“ und „Die beiden Schützen“ geschrieben hat, und daß Aubers „Fra Diavolo“, „Maurer und Schloffer“, „Väus“, „Goldenes Kreuz“, „Donizetti“, „Liebestrank“, „Herolds „Jampa“, Webers „Trompeter von Säckingen“, „Rossini „Zell“ etc. eigentlich doch auch ganz hübsche Opern sind!

#### Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 16. 48. Vorst. auf. Ab. Zum Vorteil der Hoftheaterpensionanten. „Winter Abend“. Programm wird veröffentlicht. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Sonntag, 17. Mai. C. 59. „Die Sagenotten“, große Oper in 5 Akten, mit Ballett, von Meyerbeer, Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

wird allerdings die Gründung von Filialen nicht aufgehoben. Ich bin auch überzeugt, daß die Filialen die Steuer auf Kunden, Personal und Fabrikanten abwälzen werden. Nichtsdestoweniger möchte ich im Interesse der Kleinkaufleute die Gründung von Filialen erschweren.

Abg. Schöpfle (Konf.): Der Antrag liegt im Sinne unehäuser verhindern. Wir wollen nicht die Besteuerung der Arbeiter-Konsumvereine.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.): Die Nationalliberalen stimmten allerdings im letzten Landtage einen ähnlichen Antrag der Konserbativen nieder. Umso mehr freut es mich, daß die Nationalliberalen jetzt selbst einen ähnlichen Antrag einbringen. Wir stehen auf dem Standpunkt des Antrags der Kommission und teilen die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber dem Antrag nicht. Die Gewerbefreiheit wird durch den Antrag nicht beeinträchtigt. Die Gewerbefreiheit ist heute überhaupt nur ein Phantom. Auch gegen eine Besteuerung ortsansässiger Filialen haben wir nichts einzuwenden. Der Antrag will Gutes. Wir wollen die Steuer nur fakultativ. Wir stimmen daher dem Antrag zu.

Abg. Krauth (Natl.) tritt nochmals für seinen Antrag ein. Die Räume der Warenhäuser und ähnlicher Großbetriebe wachsen nicht in den Himmel. Abg. Süßkind zweifelte meine liberale Gesinnung an. Meine liberale Gesinnung ist so gut, als die sozialdemokratische des Abg. Süßkind. Die Ausführungen Süßkinds beweisen auf neue, daß der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand von der Sozialdemokratie nichts zu erwarten hat.

Abg. Dr. Gerber (Natl.): Der konserbative Antrag vor 2 Jahren lautete anders als unser jetziger Antrag.

Abg. Kolb (Soz.): Die Bemerkungen Krauths über unsere Stellung zum Mittelstand sind völlig falsch. Wir wollen allerdings den Leuten keinen Sand in die Augen streuen. Durch eine Kurpfuscherei

wird jedoch dem Mittelstand nicht geholfen. Hierdurch wird nur das Publikum belastet. Die Warenhäuser haben die Möglichkeit, sich den modernen Anforderungen anzupassen. Ohne Vernichtung der kleinen Existenzen gibt es keinen Großbetrieb. Diese Entwicklung läßt sich nicht aufhalten. Sie (zu den Nationalliberalen) geben das auch selbst zu. Auch Sie sind der Überzeugung, daß sich die Entwicklung nicht aufhalten läßt, so daß den Leuten nicht zu helfen ist. Wenn Sie jetzt eine Steuer vorschlagen, so wissen Sie selbst nicht, was damit erreicht wird. Wäre die Auffassung Krauths richtig, dann gäbe es überhaupt keine Entwicklung. Die Kleinkaufleute vermögen auf die Dauer mit den Warenhäusern nicht in Konkurrenz zu treten. Wir verlangen statt solcher Kurpfuschereien die progressiv gezeitigte Vermögens- und Einkommensteuer. Damit trifft man die Leute, die man treffen will. Wenn Sie konsequent wären, müßten Sie noch höhere progressive Steuern verlangen, aber keine Sondersteuern. Wenn Sie (zu den Nationalliberalen) den Leuten raten würden, sich

genossenschaftlich zu organisieren und genossenschaftliche Einkäufe zu veranstalten, so würden Sie ihnen damit mehr helfen, als mit solchen Anträgen. Die Großkaufleute können dem Kleinhändler das Geschäft bedeutend mehr Beachtung schenken, als die kleinen Äußer. Dieses Gesetz ist nur ein Anfang zu sozialen Kurpfuschereien. Die Regierung hat recht, wenn sie dies nicht mitmacht. Vor 2 Jahren nahmen die Nationalliberalen noch einen andern Standpunkt ein. Diese Anträge kommen aus Konkurrenzneid gegenüber der Reaktion. Damit läßt sich jedoch die Entwicklung nicht hemmen. Das Kohlen Syndikat ist das typische Beispiel dieser Entwicklung, die immer mehr auf die Konzentration hinausläuft.

Mit der Behauptung, daß wir den Mittelstand mit unserer Stellung schädigen, erreichen Sie nichts. Wer den Mittelstand zu Grunde richtet, ändert Ihre (zu den Nationalliberalen) Freunde. Doch kommen die Leute aus dem Mittelstande erst dann zur Einsicht, wenn es zu spät ist. Wir sind keine Feinde des Mittelstandes. Wir helfen ihm bei den schweren Kämpfen, wo ihm zu helfen ist. Aber wir schlagen richtige Mittel vor, nämlich die genossenschaftliche Organisation. Wir lehnen deshalb den Antrag Krauth und Genossen ab und wollen damit die Interessen der kleinen Kaufleute besser als Sie (zu den Nationalliberalen) mit Ihrer sozialen Kurpfuscherei. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hummel (F. Vp.): Die Ansicht, von Herrn Krauth als Mittelstandsfeind bezeichnet zu werden, bindet mich nicht, für meine Person gegen den Antrag zu stimmen. Ich unterstütze jeden Antrag, dem Mittelstand zu helfen. Durch diesen Antrag wird jedoch dem Mittelstand nicht geholfen; hier hat Abg. Kolb das Richtige getroffen. Durch derartige Steuern wird unsere Industrie aufs schwerste getroffen. Dadurch werden nur die Produktionsverhältnisse der Industrie verschlechtert. Der Antrag ist eine ganz klägliche Maßnahme; ganz abgesehen davon, daß er ohne jede Wirkung bleibt. Durch den Antrag soll nur der Anschein erweckt werden, als ob etwas für den Mittelstand geschehe.

Abg. Göhrling (Natl.): Die Stellung der Sozialdemokratie zu solchen Anträgen beweist, daß sie nicht Front gegen den Kapitalismus macht. Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, was gegen die kleinen Geschäfte gesagt wurde. (Abg. Kolb: Theaterdonner.)

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.) weist auf die Gegnerschaft der Sozialdemokratie und der Volkspartei zu dem nationalliberalen Antrag hin.

Abg. Kolb (Soz.): Ich habe über die kleinen Geschäfte nicht das gesagt, was Abg. Göhrling behauptete. Ich sprach anders. Die Auffassungen des Abg. Göhrling über den Kapitalismus beweisen, daß er darüber nicht nachgedacht hat. Wir nehmen hier eine prinzipielle Stellung ein, die uns nicht irreführt. Wenn Sie (zu den Nationalliberalen) dem Kleinen Mann helfen wollen, dann helfen Sie ihm bei den Steuern. Fangen Sie dort nicht tief unten an, gehen Sie mit der Freigrenze des Betriebskapitals hinauf! Da kann man helfen. Der Antrag Krauth hilft jedoch nichts. Im übrigen lehnt ja die Regierung den Antrag ab.

Abg. Krauth (Natl.): Ich weise die Behauptung Kolbs, daß die Waren in kleinen Geschäften unfauber seien, zurück. (Abg. Kolb: Nachdem ich die Behauptung als unrichtig bezeichnet hatte, wagen Sie es, dies nochmals zu behaupten!) Dem Kollegen Hummel möchte ich sagen, daß mit Recht die Geschäfte wie Kaffeeschäufel besteuert werden. Der Abg. Hummel hat hier keine Sachkenntnis.

Abg. Hummel (F. Vp.): Ich habe nur auf die Unzulänglichkeit des Gesetzes hingewiesen. Dies möchte ich gegenüber dem Abg. Krauth betonen.

Abg. Göhrling (Natl.): Ich möchte wissen, was der Zwischenruf „Theater“ des Abg. Kolb bedeutete. Der Antrag Krauth (Natl.) u. Gen. auf Besteuerung der Filialen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler (die fortgeschrittlichen Abg. Massa und Odenwald fehlen) angenommen.

Nächste Sitzung: Montag nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Die Anträge betr. Landesbauordnung, Motorboote und Steinindustrie; ferner die Anträge betr. Verhältniswahl, Kreiswahlen und Gemeinbewahlen.  
Schluß der Sitzung: 1.10 Uhr.

### Badische Politik.

#### Die Aktion des Ministers Böhmer gegen die freien Turnvereine.

hat in den Kreisen der letzteren begrifflicherweise große Entrüstung hervorgerufen und das mit Recht. Es lag zu einer solchen Aktion auch nicht der mindeste Anlaß vor, im Gegenteil. Der Minister hätte dankbar dafür sein sollen, daß die freien Turnvereine eine Aufgabe übernommen haben, die der heutige Staat leider in nur ganz ungenügender Weise durchführen kann. Jeder, der die Volksschule besucht hat, weiß, daß die heutige Volksschule nicht nur im Geschichtsunterricht, in der Naturkunde, in der Naturgeschichte usw. ihren Aufgaben nicht voll gerecht wird, sondern vor allem auch auf dem Gebiete der körperlichen Ausbildung und Erziehung. Die Zahl der dafür zur Verfügung stehenden Unterrichtsstunden ist eine absolut ungenügende.

Hier haben die Turnorganisationen eingegriffen und zwar die freien wie die bürgerlichen. Die Teilnahme der Schüler an den Turnstunden der bürgerlichen Turnvereine wird von Herrn Böhmer anstandslos gestattet. Wenn er im Gegensatz dazu den Volksschülern die Teilnahme an dem Unterricht der freien Turnvereine verbietet, so kann man sich das nur so erklären, daß der Minister die Organisation der freien Turner für eine politische, mit der Sozialdemokratie mehr oder weniger zu identifizierende Organisation hält. Eine derartige Annahme wäre aber total falsch. Die freie Turnerschaft hat mit der Sozialdemokratie absolut nichts zu tun, sie ist eine durchaus selbständige Organisation, die keine andere Zwecke hat und verfolgt, als die körperliche Ausbildung der Arbeiter. Irgend welche politische Betätigung hat in diesen Vereinen nie stattgefunden. Die Arbeiter haben dafür ihre besonderen Organisationen.

Das Verbot, die Schüler an dem besonders für sie eingerichteten Turnunterricht teilzunehmen, kann also nur den Zweck haben, auf diese Weise der bürgerlichen Jugendbewegung diejenigen Schüler zuzuführen, die sie bisher nicht gewinnen konnte. Minister Böhmer gibt sich einer großen Täuschung hin, wenn er glaubt, auf diesem Wege und mit solchen Mitteln die proletarische Jugend für den Klimbim des Jungdeutschlandbundes zu gewinnen. Dem steht schon der Wille der in Frage kommenden Eltern entgegen. Die letzteren werden es sich überhaupt überlegen, ob sie sich an dem Verbot des Ministers Böhmer fügen. So weit sind wir auch in Baden noch nicht, daß die Eltern in einer Frage, wie der der körperlichen Erziehung ihrer Kinder außerhalb der Schule gar nichts mehr zu sagen hätten. Wir lassen es hier jedenfalls darauf ankommen, ob der Minister eine solche Diktatur ausüben kann. Schließlich ist die badische Arbeitererschaft doch nicht für vogelfrei erklärt.

Was Minister Böhmer mit diesen gegen die Organisationen der Arbeiter gerichteten Schikanen erreichen will, wird ihm nie gelingen. Die Arbeiterorganisationen sind viel zu groß, als daß man sie mit einer solchen Politik der Radeltische irgendwie an ihrer weiteren Entwicklung schädigen könnte. Nur ein kleinlicher Bureaufkratengeist kann sich der Illusion hingeben, mit solchen Maßnahmen irgendwelchen Erfolg zu erzielen. Das direkte Gegenteil wird Minister Böhmer damit erreichen. Die Erbitterung gegen diese Politik der kleinlichen Schikanen hat bereits auch die Arbeiter ergriffen, die bisher den sportlichen Organisationen der Arbeiter durchaus indifferent gegenüberstanden. Die proletarische Jugendbewegung hat einen stärkeren Impuls erhalten und in den Arbeiter-Gesangvereinen gärt es wie nie zuvor. Dem Gewinn hat die Sozialdemokratie, in welcher die schikanierten Arbeiter ihre einzige Beschützerin erblicken. Wenn es dem Minister Böhmer beliebt, auf diesem Wege, auf dem schon so mancher „Staatsmann“ vergeblich sich versucht, weiterzumarschieren, uns kanns recht sein, auf keinen Fall wird die Sozialdemokratie dabei geschädigt. Es haben sich schon Größere als Minister Böhmer an der Sozialdemokratie die Zähne ausgegeben.

#### Die Entlassung der 60 Lehramtspraktikanten.

Die Neue Bad. Landesztg. bestätigt, daß am Dienstag vom Kultusministerium an etwa 60 Lehramtspraktikanten der Befreiung ergangen sei, für sie sei keine Verwendung im Staatsdienst. Von dieser Entscheidung sind Lehramtspraktikanten des ganzen Landes betroffen. Man kann sich die peinliche Ueberraschung der Betroffenen vorstellen, die dadurch in ihrem Fortkommen sehr geschädigt werden. Es ist dringend zu erwarten, daß das Ministerium Aufschluß gibt über die Gründe, die zu dieser radikalen Maßnahme geführt haben. Ist ein zu großer Andrang eingetreten, so hätte doch wohl rechtzeitig eine Warnung ergehen können.

#### Ueber die Gehaltszahlung an die Beamten

schreibt man uns: Langer und intensiver Arbeit hat es seitens der verschiedenen Beamtenvereine und Fachorganisationen bedurft, bis der badische Staat sich herbeigelassen hatte, mit dem System der Gehaltszahlung in der Mitte des Monats an die etatsmäßigen Beamten zu brechen, also mit einem System, das man weder bei den Reichsbeamten noch beim Heer, ja nicht einmal in dem reaktionären Preußen, dem zwar in dieser Beziehung seit neuerer Zeit eine starke Konkurrenz entsteht, kannte. Aber damit ja zu der Kritik und Unzufriedenheit auch die nötigen Unterlagen nicht fehlen, muß bei uns in Baden Allen gleich eine Ausnahmebestimmung angehängt werden, so auch dieser Gehaltszahlungsordnung. Während also die Auszahlung der Gehalte früher, wie gesagt, in der Mitte des Monats, also teils postnumerando und teils pränumerando, stattfand, findet sie seit einigen Jahren nur pränumerando und zwar am 1. eines jeden Monats statt, jedoch mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß, wenn der erste des beginnenden Monats auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, die Auszahlung erst am dem darauffolgenden ersten Werktag erfolgen darf, also nicht am dem vorangehenden, wie dies allgemein üblich ist und auch selbstverständlich wäre. Genau wird diese Bestimmung übrigens nur bei der Eisenbahnverwaltung, Hauptkasse und größeren Stationskassen eingehalten, während man bei anderen Kassen nicht so pedantisch ist.

Nun ist der 1. Januar befallig ein Feiertag und Mietzinstag; außerdem kommt es noch häufig vor, daß der erste Tag eines Monats ein Sonn- oder Feiertag sein kann. In diesem Jahre war es der 1. Februar und 1. März; ferner ist

es der 1. Juni Pfingstmontag (ganz besonders ungünstig) und der 1. November. Wenn also das Hinauschieben der Zahltag noch einen Zweck hätte, also die ausstehenden Beträge zinstragend angelegt wären, könnte man sich noch damit abfinden; aber so muß das für den Zahltag benötigte Geld mindestens einige Tage vorher bereit liegen. Es kann somit das starke Festhalten am Bürokratismus und Formalismus der Bad. Finanzverwaltung nicht scharf genug verurteilt werden.

Dann entbehrt auch das jetzige Gehaltszahlungssystem nicht einer gewissen Inkonsequenz insofern, als es gestattet ist, die Gehalte an das nichtetatmäßige Personal, die sonst am 16. des Monats ausbezahlt werden, wenn dieser aber auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, schon an dem vorangehenden Werktag ausbezahlt werden dürfen. Daß dadurch oft einem sehr großen Teil, insbesondere der unteren etatsmäßigen Beamten, die Freude an einem solchen Sonn- oder Feiertag, wenn er zufällig auf den Ersten fällt, gründlich verdorben wird, wird wohl bei dem niederen Einkommen derselben wohl keines besonderen Beweises bedürfen. Und wenn der Erste noch zufällig zwischen zwei Feiertagen fällt, wie dieses Jahr zwischen Pfingsten, so ist dies nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Geschäftswelt und nicht zuletzt auch wieder für den Staat selbst, von direktem Nachteil. Sind doch die Ausgaben für die Familie in den Frühjahrsmonaten bekanntlich immer größere als in den folgenden Monaten, wo manches gekauft werden muß, was in der Regel vor solchen Feiertagen zu geschehen pflegt. Auch würde mancher wieder mit Familie einen kleinen Ausflug machen oder an solchen Tagen Verwandte besuchen oder Besuche von solchen entgegennehmen, wenn nur vorher der Zahltag gewesen wäre! In der Regel unterbleibt dies nachher.

Wenn aber nur diese sonderbaren Bestimmungen dazu dienen sollten, den Beamten die Möglichkeit zu bieten, daß sie besser sparen und einteilen lernen, so müßte dies als eine Kränkung schlimmster Art aufgefaßt werden; zum Mindesten zeigt es aber von sehr wenig Verständnis für die Lebensverhältnisse der betreffenden Beamtenklassen.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Mai.

Am Bundesratlich Staatssekretär v. Jagow und Unterstaatssekretär Zimmermann.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet um 11 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine kurze Ansprache.

Abg. Trimborn (Zentr.) fragt an, ob der Bundesrat Anordnungen darüber getroffen habe, daß die Krankenkassen vier Fünftel der bei ihnen eingehenden Beiträge der Arbeitgeber der Ersatzklassenmitglieder an die Ersatzklassen abführen, und wann eine solche Anordnung zu erwarten sei.

Direktor Dr. Caspar: Der Bundesrat hat inzwischen allgemeine Bestimmungen über eine einheitliche Durchführung des § 518 Abs. 1 erlassen. Diese Bestimmungen dienen zur Vermeidung von Streitigkeiten zwischen den Krankenkassen und den Ersatzklassen. Bezüglich der Anträge, die von einzelnen Ersatzklassen gestellt worden sind, sind die Ermittlungen noch nicht beendet. Die Angelegenheit wird nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Darauf wird die Verlängerung des Handels- und Schiffsahrtvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Türkei in dritter Lesung einstimmig angenommen, ebenso in dritter Lesung das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Japan über den gegenseitigen Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums.

Sodann wird die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen vorgesetzt.

Abg. Bernstein (Soz.): Gute Beziehungen sind die beste Politik, die getrieben werden kann. Wir verlangen authentische Mitteilungen über die Verhandlungen, von denen wir jetzt nur durch die „Nordd. Allg. Zeitung“ erfahren. Wir verlangen erneut, daß uns hierüber ein Bericht vorgelegt wird. Rußland ist demütigt, uns unsere Stellung in Kleinasien zu erschweren. In Armenien hat der russische Einfluß zu unseren Ungunsten außerordentlich zugenommen. Der Resolution auf bessere Ausbildung und Wobolung der Diplomaten und Generalkonsuln stimmen wir zu. Wir freuen uns, daß sich ein besseres Verhältnis zu England anzubahnen scheint. Von dem Kronprinzen verlangen wir, daß er weiß, was er seiner Stellung schuldig ist. Weiß er es nicht, so muß der Staatssekretär des Äußern dagegen Protest erheben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die beste Friedenspolitik, namentlich Frankreich gegenüber, besteht darin, daß wir Elfaß-Lothringen volle Selbstverwaltung geben. Wälder sind uns die Nationen. Unser Feind ist, wer sie thronisiert. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen seiner Ausführungen über den Kronprinzen nachträglich zur Ordnung. (Bravo, bei der Mehrheit, Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fürst v. Löwenstein (Zentr.): Die Gründung von Gesellschaften zur Wahrung der Interessen im fernem Osten begrüßen wir. Bei den Unruhen in Mexiko müssen die deutschen Interessen mit aller Kraft gewahrt werden. Trotz des erfreulichen besseren Verhältnisses zu England können wir von unserem Flottenprogramm nicht abgehen. Das ist vielmehr die Vorbedingung zur Freundschaft. Frankreich haben wir sovielle Beweise der Freundschaft gegeben, daß niemand daran zweifeln kann. Die Fremdenlegion geht uns an sich nichts an. Deutsche Angelegenheit ist es aber, alles zu tun, um deutsche Staatsbürger vor dem Eintritt in die Legion zu bewahren. Mit Recht hat der Staatssekretär mit kräftigen Worten betont, daß nicht die deutsche, sondern die französische Presse mit den Treibern angefangen hat. Die Erhaltung eines selbständigen Albaniens erscheint uns unter der tatkräftigen Leitung eines zielbewußten Fürsten dringend geboten. Der Dreibund ist notwendig. Wenn das Bündnis auch für Oesterreich wertvoller sein mag als für uns, so haben wir doch einen strategischen Vorteil in ihm zu erblicken. Wir müssen eine zielbewußte Politik treiben. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Frhr. v. Rüdthofen (natl.): Wir müssen uns so stark machen, wie wir es nur immer tun können. Mit Frankreich wollen wir in Ruhe und Frieden leben. Tatsache ist, daß wir mit Frankreich ein durchaus korrektes Verhältnis haben. Wenn dieses später herlicher wird, soll uns dies freuen. Auch das freundschaftliche Verhältnis zu England erfüllt uns mit Genugtuung. Unser Verhältnis zu Rußland hängt mit unseren handelspolitischen Beziehungen zusammen. Wir müssen unbedingt zu einem neuen Handelsvertrag mit Rußland kommen. Wir hoffen, daß es dem jungen Fürsten von Albanien gelingt, in dem Lande Ordnung zu schaffen, das auch finanziell von Deutschland unterstützt werden müßte. Unsere Industrie ist eine Exportindustrie, und ihr Wohlfahrt im Auslande hängt mit einer guten Außenpolitik zusammen. In Mexiko wollen wir Ruhe und Ordnung, damit unsere Kaufleute dort ihre Geschäfte machen können. Die Resolution, insbesondere diejenige über ein Examen für unsere Diplomaten, bitte ich anzunehmen. Bundesstaatliche Gesandte im Ausland, z. B. die bayerische in Petersburg und Paris sollten verschwinden. Dieses Opfer sollten die Bundesstaaten dem einheitlichen Charakter Deutschlands und seinem Ansehen bringen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Staatssekretär v. Jagow: Die Zeitungsberichte über eine Lennispilzgeschichte in Belgien sind nicht zutreffend. So hat sich die Sache nicht zugetragen. Das Gefandtenrecht ist ein Reservatrecht der einzelnen Bundesstaaten. Unzutrefflichkeiten haben sich daraus bisher nicht ergeben. Im Gegenteil, die einseitigen Vertreter waren bisher stets eine Stütze der deutschen Politik im Ausland.

Abg. Dr. Vothler (fortsch. Vpt.): Die Trennung zwischen Diplomaten- und Konsulatskarriere muß verschwinden. Im Vordergrund unserer Debatte stehen unsere Beziehungen zu Rußland. Diese sehe ich als eine Folge des russisch-französischen Bündnisses an. (Sehr gut.) Bei aller Wertung Frankreichs wage ich nicht zu behaupten, daß der Nebengedanke in Frankreich erstirbt. Daran ändern auch die letzten Wahlen nichts. Ein gutes Verhältnis zwischen England und Deutschland ist eine große Garantie des Friedens. Wenn jetzt zwischen beiden Ländern gute Beziehungen bestehen, so darf man dabei nicht vergessen, daß ein großer Teil der englischen Presse zu unseren Gunsten umgelenkt hat. An der erfreulichen Besserung dieses Verhältnisses haben der Reichskanzler und Staatssekretär v. Jagow großen Anteil. Wollen wir mit den anderen Völkern in Frieden leben, so müssen wir das Vaterland der andern achten und das unserer lieben.

Staatssekretär v. Jagow: Die Ausbildungskurse für Konsulatsanwärter sind in gleichem Maße für Konsulatsbeamte, wie für Diplomaten bestimmt.

Abg. Bell (Zentr.): Wir müssen bestrebt sein, uns in wirtschaftlicher Beziehung den Platz an der Sonne zu wahren. Für das Prüfungsamt der Diplomaten und Konsularagenten haben wir die Köhler Handelshochschule im Auge, die Vorzügliches geleistet hat. Die Interessen des deutschen Handels und der Industrie zu fördern, muß die vornehmste Aufgabe unseres auswärtigen Amtes sein.

Staatssekretär v. Jagow: Wir haben auch schon bisher die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen, von Handel und Industrie für unsere wichtigste Aufgabe gehalten.

Damit schließt die Debatte. Die Kommissionsresolution über das Prüfungsamt werden angenommen, ebenso die Resolutionen über die pensionsfähige Anstellung der Generalkonsuln an den wichtigsten Plätzen und über den Ausbau der Auslandsstudien im Interesse des auswärtigen Dienstes, des Kolonialdienstes, des Handels und der Industrie. In der Spezialberatung wird eine diplomatische Agentur und ein Generalkonsulat in Albanien in Durazzo beschloffen, ebenso ein zweites Konsulat für Serbien.

Beim Titel Volkshausier in Petersburg befragt sich

Abg. Liebknecht (Soz.)

über die Behandlung des Gnadengesuchs des in Rußland im Gefängnis gesessenen Senna Hoh alias Holzmann. Die Ankunft, daß man in Deutschland auf die Rückkehr des ehemaligen Anarchisten keinen Wert lege, machte es den russischen Behörden geradezu unmöglich, etwas für den politischen Gefangenen zu tun. Das auswärtige Amt hat den unglücklichen Gefangenen einfach im Stich gelassen. Es schmähten noch viele deutsche Gefangene in Rußlands Gefängnissen, die auf ein Einschreiten der Kulturstaaten warten.

Staatssekretär v. Jagow: Als die Mutter des Holzmann uns ersuchte, ein Gnadengesuch an den Kaiser von Rußland zu vermitteln, ergaben die Erhebungen, daß er wegen Verbreitung anarchistischer Ideen, Freßvergehen, öffentlicher Beleidigung und Verbreitung unzulässiger Schriften bestraft war. Er hat an der anarchistischen Agitation und an den Feilbetrieben der Expropriation teilgenommen und wurde zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Wir haben dem Volkshausier mitgeteilt, daß wir gegen die Wagnadigung keinerlei Bedenken hätten. Später hat sich ein Volkshausierbeamter drüber bei einem höheren russischen Beamten für ihn verhandelt. Dem Bruder des Holzmann ist ein Empfehlungsschreiben an die russischen Behörden gegeben worden. Von irgend welcher unglücklichen Behandlung in den russischen Gefängnissen ist uns nichts bekannt geworden. (1)

Abg. Frhr. v. Rüdthofen (natl.): Auch ich habe ein Schreiben bekommen, daß sich das auswärtige Amt der Wagnadigung widersetze, während man in Rußland dazu geneigt sei. Das hat sich als Mißverständnis herausgestellt. Daß aber die russische Regierung noch nicht nachgegeben hat, bedauere ich. Das auswärtige Amt trifft keine Schuld.

Beim Titel Generalkonsulat in Nohohama bringt der Abg. Dr. Liebknecht die Besetzungssache Siemens-Schuckert zur Sprache. Das auswärtige Amt habe hier offenbar die Bestechung begünstigt. (Vizepräsident Dobe rügt diesen Ausdruck.) Der Staatssekretär wird uns Auskunft geben müssen über die Beteiligung der deutschen Behörden bei diesem Skandal ersten Ranges. (Rurur: Panama.) Die deutschen Behörden haben eine Komplizität mit verbrecherischen Taten bewiesen. (Vizepräsident Dobe ruft den Redner zur Ordnung.)

Direktor Krieger: Im vorigen Jahre ist beim Auswärtigen Amt ein Telegramm aus Nohohama eingegangen, in dem mitgeteilt wurde, daß ein Angestellter der Firma Siemens u. Schuckert, Karl Richter, der Firma vertrauliche Schriftstücke entwendet und damit Erpressungsversuche gemacht hat. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß sich Richter auf dem Wege nach Deutschland befinde. Die Staatsanwaltschaft ließ ihn auf deutschem Boden verhaften und er wurde im ordnungsmäßigen Verfahren zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt wegen Diebstahls im Rückfall und versuchter Erpressung. (Hört, hört!) Das Urteil ist rechtskräftig geworden.

Abg. Wasserfall (natl.): Die ausländische Konfurrenz wird sich über diese Ausführungen Dr. Liebknechts wieder freuen. Die vielen deutschen Arbeiter, die dadurch geschädigt werden, können sich bei Dr. Liebknecht bedanken. Die japanischen Behörden beschäftigen sich mit der Angelegenheit und man sollte meistens die Ergebnisse abwarten, bevor man angelegene deutsche Unternehmungen beratig verurteilt. (Allgemeine Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Anklageschriften sind kein Beweismaterial.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Auch in Berlin hat ein Verfahren geschwebt. Es ist rechtskräftig geworden. Der Redner geht dann auf Einzelheiten des Verhaltens der Firma Schuckert ein und wurde wiederholt vom Vizepräsidenten Doba daran gehindert, der schließlich unter dem lebhaften Beifall des Hauses droht, dem Redner das Wort zu entziehen.

Der Rest des Etats wird bewilligt. — Es folgt der

Etat des Reichskanzlers.

Abg. Scheidemann (Soz.) bedauert, daß die Abwesenheit des Reichskanzlers zu so vorgeschrittener Jahreszeit über seinen Etat verhandelt werden müßte. Als Statthalter ist nach Elfaß-Lothringen der stärkste Mann — wenn stark soviel bedeutet wie konservativ — gewählt worden, der zugleich den Elfaß-Lothringern unerwünscht ist. Bei der neuen Vorlesung über den Waffengebrauch ist die Mitwirkung des Reichstags umgangen worden. Die Behörden verfahren vielfach willkürlich; sie achten die Gesetze nicht zu ungunsten des arbeitenden Volkes.

Präsident Dr. Kaempf: Ich bitte Sie, diese Äußerungen zu unterlassen.

Abg. Dr. Liebknecht: Na, so gehts noch!

Präsident Dr. Kaempf: Diese Kritik lasse ich nicht zu, ich rufe Sie zur Ordnung. (Lärm bei den Soz.)

Abg. Dr. Liebknecht: Nehmen Sie es mir nicht übel, da ich sehe, daß die Zeit zurück, wo Männer wie Graf D'Allestre auf dem Präsidentenstuhl saßen. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich muß mir diese Kritik verbiten und sie zurückweisen.

Abg. Dr. Liebknecht: Das Vereinsrecht wird in unglaublicher Weise gehandhabt. Unpolitische Versammlungen etwa werden auseinandergeprengt, weil diese Versammlungen meiner Genossen Versammlungen jugendlicher seien, Herr v. Camp nicht. Er stimmt mir also zu.

Abg. Frhr. v. Camp: Ich gähnte nur. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Liebknecht: Dann gute Nacht! Die klaren Bestimmungen des Gesetzes werden mit Füßen getreten, namentlich wenn es sich um unsere Jugendbewegung handelt. Charakteristisch für das Vorgehen gegen uns ist die Forderung der nationalen Arbeiterversicherung. Im November hat in Anwesenheit fast aller Minister im Abgeordnetenhaus eine Konferenz stattgefunden, in der finanzielle Unterstützung durch den Staat für die gelben Gewerkschaften und die öffentlich-rechtlichen Versicherungen bewilligt wurde. (Lebhaftes Hört, hört!) Wie kommt der Staatssekretär dazu, in amtlichen Schriftstücken neutrale und unparteiische Genossenschaften, wie die Volksversicherung, als sozialdemokratisch zu bezeichnen. (Nach rechts.) — Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Konfessionen haben durch ihren Antrag auf Verbot des Streikpotenzienbefehrs beunruhigt, daß es heute eine gesetzliche Handhabe zum Verbot des Streikpotenzienbefehrs nicht gibt.

Abg. Spahn (Zentr.): In zwei Fragen kann ich dem Vordränger zustimmen, das ist die Frage des Vereinsgesetzes und die des Streikpotenzienbefehrs. Wir sind Gegner des Vereinsgesetzes. Wenn es richtig ist, daß am 4. Oktober 1913 eine Verfügung des preussischen Ministers des Innern ergangen ist, die sich gegen das Streikpotenzienrecht richtet, so würde ich eine derartige Verfügung für unzulässig erachten. (Sehr richtig!)

Abg. Schiffer (natl.): Wir fordern in einer Resolution ein Gesetz zum Schutz des Wahlschweigens gegen amtliche und private Nachforschungen über die Ausübung eines auf Gesetz beruhenden Wahlrechts. Es würde wohl schon genügen, wenn als Strafe Schadenersatzleistung festgesetzt würde.

Staatssekretär Delbrück: Es wird geprüft werden, ob es notwendig und wünschenswert ist, die Gesetzgebung in dieser Hinsicht auszubauen. Die Frage der freien Gewerkschaften hat die Öffentlichkeit in der letzten Zeit stark beschäftigt. Eine allgemeine Anordnung, daß die Gewerkschaften als politische Vereine zu betrachten sind, ist nicht ergangen. Bei den hier vorgebrachten Einwürfen ist die Polizeibehörde zu der Überzeugung gekommen, daß die Vereinsverbände sich auf das politische Gebiet heben haben und so behandelt werden müssen. Zu den Erklärungen, die der Reichskanzler seinerzeit abgegeben hat und dem Verhalten der Polizeibehörde besteht kein Widerspruch. Wenn Vereine auf die Verfassung und auf staatliche Verhältnisse einzuwirken suchen, dann sind sie als politisch anzusehen. Die Gerichte werden unparteiisch ihr Urteil fällen. Sie (zu den Soz.) haben es in der Hand, zu vermeiden, daß Ihre Gewerkschaften als politische Vereine angesehen werden. Ihnen fällt es aber sehr schwer, wirtschaftliche und politische Ziele dauernd voneinander zu trennen. Auf demselben Gebiete liegen die Schwierigkeiten, die der Volksfürsorge der Sozialdemokratie gemacht worden sein sollen. Das Unternehmen der Volksfürsorge steht in engem Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Partei. Es war daher zu befürchten, daß auch dieses Unternehmen zu parteipolitischen Zwecken der Sozialdemokratie ausgenutzt würde. Auf Befragen habe ich erklärt, daß eine gesetzliche Handhabe gegen das Unternehmen nicht besteht. Ich habe aber den Wunsch ausgesprochen, daß ein ähnliches Unternehmen auf neutraler Grundlage getroffen würde. (Lachen bei den Soz.) — Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.) Ich habe mich dabei auf das Lebensamt um das Zustandekommen der Kollisionsversicherung bemüht. In Preußen und im Reich wird in den gleichen Fragen in der gleichen Weise entschieden. Die Gesetze sind also nicht ungunsten der Sozialdemokratie angeordnet und gebogen worden. (Widerpruch bei den Soz.) Es ist ein Unterschied, welches die Bestimmungen der einzelnen Parteien sind. Sie (zu den Sozialdemokraten) sind geneigt, eine politische Tätigkeit auszuüben, im Gegensatz zu den auf nationalem Boden stehenden Parteien. In Dänemark sind wir befreundet, die bestehenden nachbarlichen Beziehungen zu unterhalten. Das Vorgehen Preußens richtet sich gegen gewisse Bestimmungen, die gegen den Bestand Preußens und des Reiches gerichtet sind. Eine Verhinderung der Verhältnisse in der Nordmark liegt im Interesse Deutschlands und Dänemarks. Ein Ausländer, der es unternimmt, im Deutschen Reich gegen den Bestand des Deutschen Reiches zu wirken, sünde bei Ihnen (zu den Sozialdemokraten gegenüber) Unterwerfung. (Sehr richtig! bei der Mehrheit, Widerspruch bei den Soz.) Der Abg. Scheidemann hat uns Kampf angefohrt; wir nehmen den Kampf auf, so weit das Gesetz uns hierzu Unterlagen bietet. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien und Lärm bei den Soz.)

Abg. Dr. Witt (Kons.): Wenn Gewerkschaften oder andere Vereine der Sozialdemokraten als politisch angesehen werden, so ist das ganz gesetzlich, wenn sie sich mit politischen Dingen beschäftigen. An dem Koalitionsrecht wollen wir festhalten; aber den Auswärtigen und Lebergriffen zu einem Koalitionszwang wollen wir entgegengetreten. Wir fordern einen stärkeren Schutz der Arbeitswilligen und bitten, uns im Spätherbst eine Denkschrift über diese Frage vorzulegen.

Abg. Dr. Mumm (B. Vgl.): Die Volksfürsorge der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist durch gerichtliche Feststellung als sozialdemokratische Einrichtung gekennzeichnet worden.

Abg. Dr. Stadnauer (Soz.): Die heutige Gesellschaftsordnung und den heutigen Staat wollen wir allerdings umwerfen, der Staatssekretär ging aber von ganz falschen Anschauungen aus hinsichtlich des als Schlusswort in der Rede des Abgeordneten Wendel gerufenen „Vive la France“. Daß Gewerkschaften sich politisch betätigen, wird niemals nachzuweisen sein. Auch die bürgerliche Jugendorganisation befaßt sich politisch. Für soziale Versicherungen hat man sich erst erinnert, als wir damit angefangen haben, aus Angst vor den Sozialdemokraten. Bei der Arbeitslosenversicherung hat der Reichstag völlig versagt. Wir wollen aus Deutschland ein freies Land machen.

Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner nachträglich zur Ordnung, weil er der Regierung vorgeworfen habe, „in scharfer Weise nicht eingelöst zu haben, was sie vor 10 Jahren versprochen habe“.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Es bleibt bestehen, daß ein Mitglied des Reichstags auf dessen Trivium seine Rede geschloffen hat mit den Worten: „Vive la France“. Der gewiß nicht unbeachtliche Effekt hat Unbehagen und Aerger hervorgerufen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Die Redewendung des Abg. Wendel war ein Gegenruf auf den Gruß Jaures, der uns zurief: „Es lebe Deutschland!“

Der Etat des Reichskanzlers wird bewilligt. Die Resolution über die Wahrung des Wahlschweigens ist jezt angenommen, ebenso die über die Reform des Kantslawens.

Nächste Sitzung: Samstag 10 Uhr. Kleine Etats, Kleine Vorlagen und Petitionen. Schluß nach 7 1/2 Uhr.

Kommunalpolitik.

Das neue Groß-Köln.

Durch die im preussischen Abgeordnetenhaus erfolgte Annahme der Eingemeindungsvorlage Köln-Mülheim-Werheim...

Die Eingemeindungsverhandlungen reichen weit zurück. Im März 1913 beschloß endlich die Stadtverordnetenkollegien...

Die Sozialdemokratie befürwortete von Anfang an die Eingemeindung. Abgesehen von den gewaltigen Ersparnissen...

Aus dem Lande.

Bruchsal.

Der Verein zur Förderung der Feuerbestattung in Bruchsal hielt Mittwochabend im Restaurant Krümer seine diesjährige Hauptversammlung ab.

Stuttgart.

Aus der Johann-Springer-Stiftung sind die Zinsen-erträge für das laufende Jahr an arme in hiesiger Stadt...

Stuttgart.

Der Streik bei Herling dauert unverändert fort. Die Kollegen werden aufgefordert, alles daran zu setzen...

Forstheim.

Gestern Abend gegen 8 Uhr hat sich der schon seit längerer Zeit kränklige 31 Jahre alte Goldarbeiter...

Forstheim.

Wegen Stillschließensverbrechen wurden der Schriftführer Georg Wilhelm Korb und der Jahntsch...

Geibelsberg.

Ein italienischer Arbeiter wurde bei Bahnarbeiten durch herabfallende Erdmassen verletzt.

Stuttgarter Nachrichten.

Stuttgarter Nachrichten. Wegen mehrfachen Vergehens gegen die Sittlichkeit wurde von der Strafkammer in Freiburg...

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 16. Mai.

Auf zur Wahlarbeit!

Nächsten Mittwochabend findet die Stubertierung der Stimmzettel und Flugblätter statt. Freitag und Samstag werden dieselben ausgetragen.

Genossen und Genossinnen! Stellt Euch zahlreich zu diesen Wahlarbeiten zur Verfügung.

Gegenlob — riecht schlecht.

Das Nachrichtenamt der Stadt Karlsruhe versendet an die Presse einen Artikel „Von den Vororten“ in dem u. a. mitgeteilt wird, daß beabsichtigt ist, das städtische...

Ueber weitere Leistungen der Stadt für die Vororte schreibt das städt. Nachrichtenbureau: „Ferner hat die Stadt mit erheblichen Kosten in fast sämtlichen Vororten die Gas- und Wasserversorgung, sowie die Müllabfuhr eingerichtet.“

Weiter ist in den Vororten Müppurr und Rintheim je ein neues Schulgebäude errichtet worden. In Daxlanden wurde die alte Schule ausgebessert und ein hübsches Schulhaus...

Man sieht also, daß die hiesige Stadtverwaltung mit großem Geldeaufwand im Interesse der Vorortbewohner schon sehr beträchtliches geleistet hat.

Der Blechnerstreik ist beendet. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Der Streik bei Herling dauert unverändert fort. Die Kollegen werden aufgefordert, alles daran zu setzen, daß Herling am Montag keinen Kreisreifer bekommt.

Unglücksfall eines betrunkenen Soldaten. Ein Soldat der 8. Kompanie des hiesigen Grenadierregiment folgte am 14. d. M. einer Einladung zweier guter Freunde zu einem Glas Bier.

Ein Unfall entstand gestern mittag auf der Kaiserstraße bei der Kreuzung. Eine Frau mit ihrem Kinde trat ihren Ehegatten, von dem sie getrennt lebt, in Begleitung der 12-jährigen Tochter...

Volks-Ausstellung Karlsruhe 1915. Die Großherzogliche Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen bewilligte der Ausstellungsleitung auf deren Ersuchen in entgegenkommender Weise den Ausleih von 1422 großen Plakaten...

Veranstaltungen.

Kreuzbrüder-Fest. Am morgigen Sonntag, 17. Mai, veranstaltet die Jünger von der schwarzen Kunst hinter der Grenadierkaserne ihr Halbfest.

anständig zeigt, ein fröhliches, gemüthliches Leben entwickeln. Neben gutem Stoff Moninger, zu 10 Pf. das Glas, werden auch alkoholfreie Getränke verabreicht.

Großes Hoftheater Karlsruhe. Mit dem „Bunten Abend“, dessen reiches Programm veröffentlicht ist, hoffen die Mitwirkenden, für die Penionskasse des Hoftheaters einen namhaften Beitrag aus dem Kreise der Theaterfreunde aufzubringen.

Frank's Sommer-Variete gibt nur noch einige Tage mit seinem erstklassigen Künstlerpersonal und der Universal-Turngesellschaft Vorstell. und zwar auf dem Plage gegenüber der Restauration zum „Liboli“ und „Ugarlen“ am Ende der Müppurrerstraße.

Residenz-Theater. Heute Samstag und morgen Sonntag konzertiert die bestbekannte hiesige Schülertafel im Residenz-Automat.

Residenztheater. Den Höhepunkt des neuen Programms bildet das fünfaktige Schauspiel „Eva“ von Richard Voss mit Herrn Vortin in der Titelrolle, die diese Partie in ergreifender Weise zur Darstellung bringt.

Palast-Lichtspiele. Das hier allgemein geschätzte und beliebteste Palast-Lichtspiel-Theater in der Herrenstraße öffnet heute seine Pforten.

Fußballsport. Auf dem Mühlburger Sportplatz an der Homellstraße treffen sich am Sonntag die erste Mannschaft des Sportvereins Sträßburg und F. C. Mühlburg.

Letzte Nachrichten.

Beleidigungs-Klage.

Stuttgart, 15. Mai. Kriegsminister von Falkenhayn erhob Beleidigungs-Klage gegen die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ und die Zeitschrift „Der März“, aus dem die Tagwacht einen Artikel von Ulrich Kauscher über die Kasernierung der Jugend abdruckt, der Beleidigungen gegen den Kriegsminister enthalten soll.

Reichstags-Wahl.

Stendal, 16. Mai. Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Magdeburg 2 wurden bis Mitternacht gewählt: Hoersch (Koni.) 12 157 Stimmen, Wachhorst de Wente (Nationalliberal) 6 987 und für den Sozialdemokraten Reims 6 907 Stimmen.

Bei der Hauptwahl 1912 erhielten Reims (Soz.) 7 434, Fuhrmann (Nat.) 8 621 und Hoersch (Koni.) 10 512 Stimmen; in der Stichwahl siegte Hoersch mit 13 288 gegen 10 995 nationalliberale Stimmen.

12 Hundert-Millionen Wehrbeitrag.

Berlin, 15. Mai. Nach den bisherigen Schätzungen aufgrund der Ergebnisse der Veranlagungen ist, wie die tägliche Rundschau erfährt, mit einer Wehrbeitragseinnahme von 12 Hundertmillionen Mark zu rechnen.

Der Kampf um Tampico.

Newyork, 15. Mai. Aus Veracruz wird gemeldet: Bei dem letzten Sturm auf Tampico drang die Infanterie der Rebellen unter dem Schutz der schweren Artillerie vor und trieb die Förderer nach dem Mittelpunkt der Stadt.

Newyork, 15. Mai. Wie der „Newyork Herald“ aus Tampico meldet, ist die Stadt beinahe dem Erdboden gleichgemacht worden. Was von dem Geschießfeuer verschont geblieben ist, haben die Flammen vernichtet.

Laferme Cigaretten. Westend 4 Pf. Rendez-vous 3 Pf. Vielliebchen 2 Pf.

Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

**Vereinsanzeiger.**

**Karlsruhe.** (Freie Turnerschaft.) Heute abend 7/9 Uhr in der „Cambrinus-Halle“ Turnratsjüngung. Pünktliches und vollständiges Erscheinen notwendig. 1040

**Karlsruhe.** („Sängerbund Vorwärts“) Sonntag, 17. Mai, Beteiligung am 10. Stiftungsfeste des Arbeiter-Gefangenenvereins „Freiheit“ Forchheim. Abfahrt Lokalbahnhof oder Winterdenkmal 1.54 Uhr nachmittags. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. 1051

**Karlsruhe.** (Arbeiter-Frauenchor.) Sonntag, den 17. Mai, Beteiligung am Feste des Forchheimer Brudervereins. Abfahrt Karlsruhe Lokalbahnhof 1.54 Uhr mittags. Der Zug wird bis Forchheim durchgeführt. Vollständige Beteiligung unbedingt erforderlich. 1013

**Karlsruhe.** (Saffalia.) Sonntag, den 17. Mai, Beteiligung am Stiftungsfeste des Gefangenenvereins „Freiheit“ Forchheim. Abfahrt mittags 1.54 Uhr am Lokalbahnhof. Fahrpreis 25 Pf. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder, auch deren Angehörigen, erwünscht. 981.2

**Karlsruhe.** (Arbeiter-Verband Solidarität.) Sonntag den 17. d. M., vormittags, Ausfahrt nach Moosbrunn — Freioldsheim. Abfahrt bei günstiger Witterung halb 7 Uhr vom Kriegerdenkmal. 1030

**Karlsruhe-Mühlburg.** (Gefangenen Bruderverband.) Abfahrt der Sänger und Sängerinnen am Sonntag nach Forchheim punkt 1 1/2 Uhr vom „Mühlen Krug“. 1060 Der Vorstand.

**Durlach.** (Arbeiter-Verband Solidarität.) Die morgen, Sonntag, abend im „Lamm“ stattfindende Langunterhaltung findet nicht um 7 Uhr, sondern um 8 Uhr statt. Vollständiges Erscheinen wird erwünscht. 1041

**Bruchsal.** (Deutscher Holzarbeiterverband.) Montag den 18. Mai 1914, abends 9 Uhr, in der „Fortuna“, Wilderichstraße, Lichtbilder Vortrag: „Die Entwicklungsgeschichte der Seile, ihre Anwendung im Holzgewerbe“. Vortragender: Kollege F. Ahlemeyer-Berlin. Eintrittsgeld 15 Pf. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter haben freien Zutritt. 1042

**Wasserstand des Rheins.**

16. Mai.  
 Schutterinsel 3.05 m, gef. 3 cm, Rehl 3.73 m, gef. 12 cm,  
 Maxau 5.58 m, gef. 13 cm, Mannheim 5.14 m, gef. 3 cm.

**Lebensmittel**

**Frisch eingetroffen:**

Soweit Vorrat!

**Feine Süßrahmbutter**

garantiert rein, zum Auslassen bestens geeignet

Pfund **1.15**

**Fst. Süßrahmtafelbutter**

Pfund **1.26**

**Reines Schweineschmalz**

1048 Pfund **0.68**

**Hermann Tietz.**

**Gebrüder Scharff**

Wir empfehlen:

**Kaffee**

(stets frisch geröstet)  
 per Pfund **140, 150, 160, 180 u. 200** S.

**Plantagenkaffee**

in Paketen 1/4 Pfd. **43** S.  
 1/2 Pfd. **85** S.  
 mit wertvollen praktischen Geschenken

**TEE** 6927

(fachmänn. Mischungen)  
 per Pfund **150, 200**  
 und **300** S.  
 in Paketen  
 à **9, 18, 28** und **38** S.

**Kakao**

(garantiert rein Kakao und Zucker)  
 per Pfund **80, 160**  
 und **200** S.

**Zucker:**

per Pfd.  
 Würfel, egal **23** S.  
 Würfel, unegal **22** S.  
 Griesraffinade,  
 Qual. I **23** S.  
 Würfelzucker 5 Pfund-  
 Pakete netto **115** S.  
 1023

**Tüchtiger Einkaffierer**

und Reisender von Manufakturwaren-Geschäft gesucht. Kautionserford. Offert. unter **1047** an die Exped. d. Blattes.

**Karlsruher Familien-Krankenkasse**

(unter staatl. Aufsicht)  
 gewährt Arzt, Apotheke usw. freie Arztwahl. 811  
 Prospekte sind erhältlich in den Filialen:  
 Oststadt: Ostendstr. 611 r.  
 Mittelstadt: Jähringerstr. 82 II  
 Weststadt: Grenzstraße 34 I  
 Südstadt: Morgenstraße 6 II

**Kaiser Friedrich**

gegenüber d. alten Bahnhof  
**Mittag- und Abendessen**  
 im Abonnement.  
 Gute Küche zu jeder Tageszeit. 7653

**Auf Teilzahlung**

Möbel, Herren-Konfektion, Wäsche, Gardinen u. bequeme An- und Abzahlung.  
**Möbelhaus Pfitner,**  
 Schützenstr. 17. 1048

**Für Pfingsten!**

**Moderne Herren-Anzüge**  
 von **12** Mk. bis **55** Mk.

**Elegante Burschen-Anzüge**  
 von **8** Mk. bis **38** Mk.

**Reizende Knaben-Anzüge**  
 in Wasch- und Stoff-Anzügen  
 von **1.65** Mk. bis **25** Mk.

**Sport-Anzüge**

mit kurzen u. langen Hosen  
 von **18** Mk. bis **42** Mk.

**Sport-Hosen**  
**Sport-Strümpfe**  
**Sport-Kragen**  
**Rucksäcke**

**Wetterfeste Pelerinen** 1045  
 von **5** Mk. bis **20** Mk.

**Bozener Mäntel**  
 in allen Preislagen

**Gummi-Mäntel**  
 garantiert wasserdicht  
 von **20** Mk. bis **36** Mk.

Kaiserstr. 115  
 Ecke Adlerstraße



Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.  
 - Telephon 2556 -

**3 Oleander-Bäume** Sportwagen (Klappwagen), gut erhalten, wegen Platzmangel billig abzugeben: Berderstr. 96 IV, links.  
**Sportwagen** (Klappwagen), gut erhalten, billig abzugeben. Schützenstr. 84, 2. Et. rechts.  
**Laubsäge-Maschine** billig zu verkaufen: Morgenstraße 22, 8. Stod. links.  
**Kinderwagen** (Brennbar), gut erhalten, billig zu verkaufen. Mühlburg, Wiltstraße 3, 2. Et.

**Palast-Lichtspiele**

Karlsruhe **Herrenstrasse 11** Karlsruhe  
 Zweiggesch.: Odeon-Palast, Heidelberg. Direktion u. Besitzer: Friedrich Schulten.

**Eröffnungs-Programm**

vom 16. bis 19. Mai 1914.

Erst- und Alleinaufführungsrecht für Karlsruhe!

**„Das Zauberlied.“**

Ergreifendes Liebesdrama in 4 Akten mit „Alwin Neuss“ in der Hauptrolle.  
 Ort der Handlung: Herrschaftl. Landsitz bei Wien, in Venedig und auf dem Kriegsschauplatz.  
 Ein Meisterwerk der Lichtspielkunst, hervorragend in Bild und Handlung.

**Affen von Borneo**  
 Interessantes Tierbild.

**Klara als Tippfräulein**  
 Reizende Humoreske.

**Vater u. Tochter**  
 Drama.  
 Spannende Handlung.

**Palast-Lichtspiel-Revue**  
 Neuestes in Wort und Bild.

**Die Lorforsenstrudel**  
 Herrliche Naturaufnahme.

**Moritz siegt über Sherlok Holmes**  
 Reizende Komödie mit Moritz Prince, dem König des Humors.

Dieser Spielplan bietet das Beste vom Besten und ist unbedingt für Jedermann sehenswert. Wir erlauben uns auf unsere stets gut gewählten Programmzusammenstellungen ganz ergebenst hinzuweisen und bitten das verehrte Publikum, unser unter erstklassiger fachmännischer Leitung gestelltes Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Täglich von nachmittags 3 bis abends 11 Uhr ununterbrochen Vorstellung, Sonn- und Feiertags 2 Uhr Anfang.

1044

**Die Direktion.**

# Sonder-Offerte für den Pfingstbedarf Herren-Anzüge

aus guten modernen Stoffen, in erstklassiger Verarbeitung hergestellt, in grosser Auswahl und 30 verschiedenen Herren-Grössen vorrätig.

Um unserer werten Kundenschaft und werten Abnehmern eine besonders günstige Kauf-Gelegenheit zu bieten, bringen wir

**3 preiswerte Spezial-Marken**

Herren-Sacco-Anzüge zu nebenstehend billigen Preisen.

## Sacco-Anzüge

Spezial-Marke Nr. 2010

modernste Farben, in ein- u. zweireihigen Formen . . . . . Mk.

**43.-**

## Sacco-Anzüge

Spezial-Marke Nr. 2014

Moderne Farben, in ein- u. zweireihigen Formen . . . . . Mk.

**58.-**

Diese Anzüge hängen separat — Die Preis-Etiquetten sind auf der Rückseite mit der betr. Nummer versehen.

## Blaue Sacco-Anzüge ein- und zweireihig

Spezial-Marke Nr. 2315a feine dunkelblaue Melton-Cheviots . . . . . Mk.

**63.-**

Rabatt-Marken!

Rabatt-Marken!

1027

# Spiegel & Wels

Ausstellung  
in unserem grossen  
Eck-Schaufenster

## Radfahrerverein Solidarität

Gegenstein.

Sonntag, den 17. Mai im Garten „Zur Krone“

### Gartenfest

verbunden mit Preisschießen und Glühwein.  
Hierzu sind alle Sportskollegen und Gönner unserer Sache höflich eingeladen.  
Bei schlechter Witterung wird das Fest um 8 Tage verschoben.

**Brautpaare** und sonstige Interessenten besuchen bei Anschaffung ihrer Betten am besten mein Spezialhaus, wo sie die Gewissheit haben, durch den gemeinschaftlichen Einkauf der 4 grossen Spezial-Geschäfte Buchdahl, modernste, beste Qualitäten zu niedrigsten Preisen zu erwerben.



Auch wenn die Schlafzimmermöbel schon vorhanden, übernehme die

**Ausstattung mit Innenbetten**  
in jeder Ausführung

Patent-Matratzen . . .	M 13.50	16.00	17.50
Seegras-Matratzen . . .	M 17.50	14.00	8.50
Woll-Matratzen . . .	M 27.00	24.00	22.50
Capok-Matratzen . . .	M 58.00	48.00	39.50
Rosshaar-Matratzen . . .	M 110.00	95.00	80.00

Deckbetten, Kissen, Federn, Daunen. 1019  
Betten-Spezialhaus **Buchdahl** Kaiserstr. Nr. 164.

## Pferde-Fleisch.

Bringe für Samstag und folgende Tage nebst meinen nur erstklassigen Fleisch- und Wurstwaren

### Fohlen-Fleisch

2-jährig, zum Verkauf. Versandt nach auswärts. 1029  
**H. Gramlich, Durlacherstrasse 59**  
Schlachtereit mit elektrischem Betrieb. — Teleph. Nr. 3319.

**Corsetts** in reicher Auswahl, nur gute Qualität, hoch und nieder, von 2 Mk. an.  
**Praktische**, angeführte Sachen, weit unter Preis. Auch Sonntags anzusehen. 1037  
Wilderstr. 17, eine Treppe.

### Aushilfs-Kellnerin

Ständige für jeden Montag gesucht.  
Luisenstrasse 55, 1038  
zum „Schwarzwälder Hof“.

Gaggenau. Gaggenau.

## Extra-Angebot für Pfingsten

**135 Stück hochmodern gestreifte Kammgarn-Hosen**

alle Grössen, auch Bauchgrössen und für schlanke Figuren haben wir zum

Einheitspreis von **8.75** Mk. ausgesetzt

Bitte beachten Sie die Schaufenster!

Kauf-Haus **Guggenheim & Co.**

1038

### Sonderpreise!

**10% Rabatt auf Kostüme, Sommermäntel, Kostümröcke, Blusen, Unterröcke.**

**Wilhelmstr. 34, 1. St.**  
Keine Ladenspeisen. 1034

### Gebisse

alte und zerbrochene werden zu noch nie dagewesenem Preis nur Montag, den 18. 5., von 10-5 Uhr gekauft in Karlsruhe „Hotel Geiß“, Kronenstrasse 40, 1. Stock, Zimmer Nr. 6. NB. Zahle v. Stück bis 10 Mk. 1031

**Kinderwagen**, sehr gut erhalten, halten, billig zu verkaufen  
Kriegstr. 154a, Stb., III., 113.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

**Eheausbeote.** Gottfried Weber von hier, mit Anna Jeller von Reibheim. — Albert Schönbauer von Hornberg, Kaufmann in Hornberg, mit Anna Nagel von hier. — Gustav Kleinbreckle von Reibheim, Bäcker hier, mit Pauline Neumaier von Waldprechtsweyer. — Albert Schaubert von Gellershausen, Goddiest hier, mit Emilie Büch von hier.

**Eheschließungen.** Hugo Widemann von Baurbach, Fabrikarbeiter hier, mit Marie Meißel von Forst. — Karl Warho von Sunthausen, Wagenführer hier, mit Marie Lindenmayer von Waldenburg. — Wilhelm Michelfelder von Ziefeld, Kaufmann hier, mit Mathilde Walz von hier. — Wihl. Krieger von hier, Bankbeamter hier, mit Margarete Neubert von hier.

**Geburten.** Rudolf Gerion Friedrich, B. Rudolf Schmitt, Kaufmann. — Helmut Hermann Emil Klemens, B. Emil Schöffler, Heizer. — Emma Maria, B. Eugen Arnold, Bierbrauer. — Paul Karl Albert, B. Michael Gereth, Kaufmann. — Irene Elisabeth, B. Eberhard Haug, Kaufmann. — Friedr. Albert, B. Karl Otterbach, Korpssdiener. — Josef Michael, B. Karl Huber, Oberkellner. — Georg Franz August, B. Georg Friedrich, Kaufmann. — Alfred, B. Anton Kammernecht, Schaffner. — Erwin, B. Karl Nettig, Postkassener. — Vertold, B. Karl Lorenz, Schneidermeister. — Trude, B. Justus Dollack, Kaufmann. — Friedrich, B. Friedrich Kraut, Fabrikarbeiter. — Alexander Ding, B. Heinrich Steidel, Rechnungsführer. — Franz Albert, B. Roman Erjele, Fabrikarbeiter.

**Todesfälle.** Wilhelm Bauer, Privatier, Witwer, 72 J. alt. Katharina Dösch, 62 J. alt, Ehefrau des Maurers Joh. Dösch.

## Pfannkuch & Co

Frisch eingetroffen:  
Neue, gelbe, feinste  
Süd-Italiener

## Kartoffeln

3 Pfund **40** ct  
10 Pfund **1.30** Mk

## Neue Ägypter Zwiebeln

1 Pfund **17** ct  
10 Pfund **1.65** Mk

## Kopfsalat

Stopf **9** ct 1033

## Schlangengurken

St. **35 bis 45** ct

## Pfannkuch & Co

G. m. b. H.  
Königsplatz  
Verkaufsstellen

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Auf Tischen zu **Extra-Preisen** ausgelegt :: ::

# Moderne Damen-Blusen

neueste Stoffarten — weiss und farbig — elegante Fassons

**95** 1.40 **2.90** **3.40** **4.75**

Wash-Unterröcke <b>95</b> 1.65 1.95 2.40	Korsetts <b>1.10</b> 1.45 1.95 2.60	Untertaillen <b>1.10</b> 1.25 1.40 1.85	Handschuhe <b>32</b> 48 60 95	Spitzenkragen <b>38</b> 48 68 95
--	---	---	-------------------------------------	--

## Weit unter :: Preis :: **Damen-Strümpfe** aus Reise-kollektionen

Serie I **48** Serie II **68** Serie III **80** Serie IV **95** Serie V **1.25** 1016

Kinderstrümpfe schwarz, lederf. geringelt Grösse 1-3 3 Paar <b>95</b> Grösse 4-6 2 Paar <b>95</b> Grösse 7-8 1 Paar <b>68</b>	Wash-Südweste für Kinder <b>65</b> 95 1.10 1.45	Sweater <b>85</b> 1.25 1.45 1.75	Russenkittel <b>68</b> 95 1.30 1.65	Weisse Kinderschürzen mit Stickerei Grösse 45-75 <b>95</b>
---	---	--	---	---

# PAUL BURCHARD KAISERSTR. 143

### Arbeitergesangverein Freie Sängerkunst Grözingen.

## Gartenfest

auf dem Turnplatz des Turnvereins Bahnhofs, wozu wir die Einwohnerschaft und die Sangesgenossen der Umgebung freundlichst einladen.  
Der Ausschuss.

## Residenz-Theater

22 Schillerstrasse 22  
30 Waldstrasse 30  
nächst der Kaiserstrasse, früher „Metropol“

<b>Programm</b> von Samstag, 16. bis inkl. Dienstag, 19. Mai: <b>EVA</b> Schauspiel in 5 Akten von Richard Voss. In der Hauptrolle: <b>Henny Porten.</b> Lebende Berichterstattung. Aktuell, aus dem Nachrichten-Dienst d. Fa. Gaumont in Berlin-Paris-London. <b>Piffis neue Tür.</b> Humoreske. <b>Brancho Billy Strategie.</b> Drama. <b>An der östl. Riviera.</b> Aktuelle Naturaufnahme. <b>Leo als Kinoregisseur.</b> Humoreske. <b>Der Stolz der Muffer.</b> Humoreske.	<b>Programm</b> von Samstag, 16. bis inkl. Dienstag, 19. Mai: <b>Die Sumpflume</b> Berliner Sittenbild in 4 Akten. In der Hauptrolle: <b>Wanda Treumann und Viggo Larsen.</b> Lebende Berichterstattung. Aktuell, aus dem Nachrichten-Dienst d. Fa. Gaumont in Berlin-Paris-London. <b>An der östl. Riviera.</b> Aktuelle Naturaufnahme. <b>Der Stolz der Muffer.</b> Humoreske. <b>Piffis neue Tür.</b> Humoreske. <b>Leo als Kinoregisseur.</b> Humoreske. <b>Brancho Billy Strategie.</b> Drama. 1028
---	---

### Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter u. verwandter Berufsgenossen.

Verwaltungsstelle Karlsruhe. Büro: Bachstraße 69.  
Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags 2 Uhr im „Württemberger Hof“, Uhlandstr. 26

## Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Innere Angelegenheiten.
  2. Die Aussperrung der Depotarbeiter in Pforzheim.
  3. Verschiedenes.

Kollegen! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung, um gegen das brutale Vorgehen der Firma Frey zu protestieren.  
Boranzzeige. Pfingstsonntag Ausflug ins Murgtal und Naturfreundehaus.  
Die Ortsverwaltung.

## „Zum Friedrichshof“, Hagsfeld.

Sonntag, den 17. Mai, großes **Maibockfest m. Konzert**  
Spezialität: **Bockwürste.**  
Mittagsstoll  
**Adolf Buchleiter, Metzger u. Wirt.**

## Trinkt Armbruster Bräu

**Offenburg**  
durch seine Bekömmlichkeit sehr beliebt.

# Trinkt Union-Bier!

ff. helle Export- und ff. dunkle Lagerbiere  
in der Brauerei auf Flaschen gezogen.  
Union-Brauerei Karlsruhe.

## Residenz-Automat

Karl-Friedrichstraße  
Heute Samstag u. morgen Sonntag  
**Grosses**

## Streich-Konzert

der Karlsruher Schützenkapelle

## Schuhwaren

Bevor Sie ihren Bedarf in  
decken, besichtigen Sie mein Lager.  
Nur gute solide Ware bei billigster Berechnung.  
**Touristen-Stiefel** frisch eingeführt.  
**J. Madlener, Rüppurrerstraße 20.**